



ZUKUNFTSWEISEND

ÖSTERREICH 2018:

**Das Programm der ÖVP
zur Nationalratswahl 2013.**

FÜR ÖSTERREICH.

Österreich 2018: Das Programm der ÖVP

Für Wohlstand und Chancen

Wirtschaft: Standort stärken, Arbeit schaffen.	8
Arbeit: Aufstieg durch Tatkraft und Fleiß.	14
Mobilität: Triebfeder für Wirtschaft und Gesellschaft.	16
Energie: Sicher. Nachhaltig. Leistbar.	19

Für ein Österreich der Familien und Generationen

Familie: Kindeswohl, Wahlfreiheit und Vereinbarkeit sichern.	22
Jugend: Sichere Zukunft für große Pläne.	24
Senioren: Selbstbestimmtes Leben im Alter – aktiv und erfüllt.	26
Frauen: Ja zur Gleichberechtigung, Nein zur Bevormundung.	28

Für ein Österreich der Lebensqualität

Gesundheit: Prävention, Kuration, Rehabilitation, Pflege und Hospiz.	30
Pflege und Menschen mit Behinderung: Politik für besondere Bedürfnisse.	33
Soziales und sozialer Zusammenhalt: Hilfe zur Selbsthilfe. Verantwortung. Solidarität.	35
Konsumenten: Schutz und Rechte.	37

Für ein Österreich, das Heimat ist

Landwirtschaft: Politik für den ländlichen Raum.	39
Umwelt und Klima: Die Bedürfnisse der Erde ernst nehmen.	42
Wohnen: Erschwingliches Eigentum, bezahlbare Mieten.	44
Sport: Ausgleich und Antriebskraft.	47

Für ein Österreich der Bildung, Forschung und Kultur

Bildung: Vielfalt. Chancen. Leistung.	49
Wissenschaft und Forschung: Ressourcen für die Zukunft.	52
Kunst und Kultur: Vielfalt und Freiheit.	55

Für ein gutes Zusammenleben in Österreich

Integration und Werte: Regeln fürs Zusammenleben.	58
Demokratie: Mehr Mitbestimmung und mehr direkte Demokratie.	60
Medien: Vielfalt und Unabhängigkeit.	62

Für eine starke Stimme in Europa und der Welt

Europa: Vereint, sicher und stark.	65
Internationales: Die Welt mitgestalten.	
Österreich global positionieren.....	68

Für ein sicheres Österreich

Innere Sicherheit: Umfassend und überall.	72
Landesverteidigung: Schutz für Österreich,	
Verantwortung in der Welt.	74

Für einen Staat, der für die Bürgerinnen und Bürger da ist

Verwaltung und Öffentlicher Dienst: Schlank und effizient.	76
Justiz: Unabhängig, konsequent und leistungsfähig.	78

Für stabile Finanzen und eine sichere Zukunft

Budget und Steuern: Stabil, verlässlich, leistungsgerecht!	81
Kapitalmarkt: Liquidität und Sicherheit.	83

Liebe Österreicherinnen,
Liebe Österreicher,

Die ÖVP in der Regierung: Die Bilanz stimmt

Beim Ausbruch der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise im Herbst 2008 hat die ÖVP erneut Verantwortung für Österreich übernommen. Die Bilanz stimmt: Wir haben uns gegen die Krise behauptet, unseren Wohlstand inmitten weltweiter Umbrüche abgesichert und wir haben auch die Leistungen des Staates für Alte, Kranke, Familien und für die sozial Schwächeren in unserer Gesellschaft unbeschadet durch die Krise gebracht – all das ist keine Selbstverständlichkeit. Während andere Länder in Europa tiefe Einschnitte vornehmen mussten, haben wir unseren Österreich-Vorsprung sogar noch weiter ausgebaut: Österreich hat die niedrigste Arbeitslosigkeit in Europa, seit der Krise sind 120.000 neue Arbeitsplätze entstanden und unser Wirtschaftswachstum ist konstant höher als der Durchschnitt in der EU. Wir haben besser auf die Krise reagiert als andere Länder, Österreich finanziell auf gesunde Beine gestellt und unser Land erfolgreich durch schwere Zeiten gelenkt. Dabei war die ÖVP stets die treibende Kraft, die notwendige Reformen für Wohlstand und Beschäftigung auch gegen Widerstände des Koalitionspartners durchgebracht hat.

Wenn die ÖVP Erster wird, gewinnt ganz Österreich

Ich bin überzeugt: Österreich kann noch mehr schaffen, wenn die Volkspartei den Kurs vorgibt. Denn wir haben die richtigen Konzepte, wie wir unseren Wohlstand auch für die nächsten Generationen absichern, wie wir wirtschaftliche Leistungsfähigkeit, sozialen Ausgleich und ökologische Nachhaltigkeit miteinander vereinen und damit Österreich zu einem Land der Chancen für alle machen. Die ÖVP hat die richtigen Antworten: Bei allem, was wir tun, haben wir die künftigen Generationen im Blick. Dieses Programm enthält keine unverantwortlichen und kurzfristigen Wahlversprechen, die uns langfristig teuer zu stehen kommen. Wir verfolgen eine nachhaltige Politik, die die Bedürfnisse der künftigen Generationen im Auge behält. Jede Generation soll der nächsten ein besseres Österreich hinterlassen.

Es können fünf gute Jahre werden

Wir haben allen Grund, optimistisch in die Zukunft zu blicken, denn wir haben unsere Hausaufgaben gemacht. Jede Österreicherin und jeder Österreicher hat in der Vergangenheit einen Beitrag geleistet, damit Österreich ein Land bleibt, das Zukunft hat. Nach fünf Jahren, die begleitet waren von Umbrüchen und notwendigen Reformen, liegen die besten Jahre vor uns. Ohne uns auf unseren Lorbeeren auszuruhen, können wir in den kommenden Jahren die Früchte unserer Arbeit ernten, etwa für eine Steuerentlastung, durch die jeder Steuerzahlerin und jedem Steuerzahler am Ende des Monats mehr zum Leben bleibt, oder mit unserem Programm für die Entfesselung der Wirtschaft, mit dem wir in den nächsten fünf Jahren 420.000 Arbeitsplätze und damit Chancen für alle schaffen wollen.

Zukunft gestalten durch einen Kanzlerwechsel

Die ÖVP verfolgt auch weiterhin einen klaren und konsequenten Kurs für Arbeit, Sicherheit und Stabilität für Österreich. Wir sind der Partner für alle Generationen: Für die Älteren, die Österreich aufgebaut haben und heute einen sicheren Lebensabend verdienen, für die arbeitenden Menschen in Beruf, Familie und Ehrenamt, die Österreich mit ihrer Tatkraft voranbringen, und für die junge Generation, die sich etwas aufbauen will. Wir arbeiten für ein starkes Österreich, das Sicherheit gibt und Chancen für jeden bereithält, der etwas schaffen will. Ein Land, in dem sich die Menschen, die hier leben und arbeiten, ihr Leben auch leisten können – weil Tatkraft und Fleiß sich auszahlen müssen.

Ich verspreche keinen Wohlstand ohne Leistung. Ich verspreche keine einfachen Lösungen mit lauten Parolen. Ich verspreche aber eines: Als Bundeskanzler werde ich jeden Tag hart dafür arbeiten, dass unsere Wirtschaft weiter wächst und der Wohlstand bei den Menschen ankommt. Dafür will ich Kanzler werden. Nicht um es zu sein, sondern um zu handeln. Für eine gute Zukunft! Für die Menschen! Für Österreich!


Dr. Michael Spindelegger

Vizekanzler, Außenminister und Bundesparteiobmann

Für Wohlstand und Chancen

Wirtschaft: Standort stärken, Arbeit schaffen.

Wir schaffen das moderne Österreich, in dem die Bedürfnisse der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit wirtschaftlichen Erfordernissen der Unternehmen und ökologischer Verantwortung in Einklang gebracht werden. Dazu haben wir das Konzept der Öko-sozialen Marktwirtschaft entwickelt, das heute seinen Siegeszug in ganz Europa antritt. Für eine nachhaltige Wirtschaft, die den Menschen dient und Arbeitsplätze schafft. Privates Unternehmertum ist die Grundlage für Wohlstand und Lebensqualität, für soziale Sicherheit, eine gute Ausbildung für die Jungen und auch sichere Pensionen für die Älteren. Aufgabe einer zukunftsorientierten Politik ist es, die Wirtschaft zu stärken.

„Ohne private Unternehmen gibt es keine staatlichen Leistungen.“

Wirtschaftsminister
Dr. Reinhold Mitterlehner

Die weltweit labile Konjunktur verunsichert auch die heimischen Betriebe und dämpft Investitionen. Umso mehr ist neben unmittelbaren Anreizen eine langfristig verlässliche und stabile Standortpolitik das Gebot der Stunde, um Sicherheit für bestehende Betriebe zu schaffen und vor allem internationale Leitbetriebe verstärkt in Österreich anzusiedeln. Verlässliche Rahmenbedingungen braucht es besonders auch für unsere Klein- und Mittelständischen Unternehmen, deren Finanzierungsmöglichkeiten wir mit gezielten Programmen verbessern wollen. Innovationskraft ist nicht nur ein Thema für große Unternehmen, sondern wird zunehmend zu einem Markenzeichen der mittelständischen Wirtschaft. Damit wir Österreich als Innovationsstandort absichern, haben wir die Forschungsprämie von 8% auf 10% erhöht, die Deckelung für die prämienbegünstigte Auftragsforschung auf 1 Mio. Euro angehoben und den Innovationsscheck eingeführt.

In den vergangenen Jahren haben wir zahlreiche Maßnahmen gesetzt, die das Unternehmertum in Österreich nachhaltig stärken. Mit der GmbH Neu haben wir eine einfache und kostengünstige Möglichkeit der Firmengründung geschaffen und mit dem Jungunternehmerfonds stellen wir Risikokapital speziell in der Gründerphase zur Verfügung. Mit unserem Programm zur

Entfesselung der Wirtschaft mobilisieren wir zusätzliches unternehmerisches Potenzial, indem wir die steuerlichen Rahmenbedingungen attraktiv gestalten, Unternehmen von bürokratischen Hürden befreien und gezielte Anreize für Investitionen schaffen.

Österreichische Betriebe haben sich in den weltweiten Märkten bis an die Spitze gearbeitet. Wir verdienen sechs von zehn Euro unseres Wohlstands im Export. Die Intensivierung der Handelsbeziehungen mit interessanten Wachstumsmärkten, die Beseitigung von Handelshemmnissen für österreichische Waren, Dienstleistungen und Investitionen sowie die Schaffung und Einhaltung von effizienten und möglichst weltweit geltenden Handelsregeln stellt insbesondere in Zeiten der Finanz- und Wirtschaftskrise ein wichtiges Ziel für die Sicherung von Wachstum und Wohlstand dar. Dabei ist ein europaweit koordiniertes Vorgehen von Vorteil. Mit einer gezielten Internationalisierungsoffensive wollen wir die Exportmärkte weiter diversifizieren. Besonders viel Potenzial versprechen dabei die BRICS-Staaten (Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika) und die Schwarzmeerregion. Es waren Politiker aus der ÖVP, die ihre Idee einer makroregionalen Strategie für den Donauraum in Europa eingebracht und erfolgreich umgesetzt haben. Wir unterstützen das Freihandelsabkommen mit den USA, das gerade österreichischen Betrieben zusätzliche Exportchancen eröffnet.

„Es sind unsere Betriebe, die Arbeitsplätze schaffen. Deshalb brauchen wir für sie die besten Rahmenbedingungen: Erneuern statt besteuern.“

Wirtschaftsbund-Obmann
Dr. Christoph Leitl,
Präsident Wirtschaftskammer
Österreich

Flexibilität ist das beste Rezept, um dauerhaft Arbeitsplätze zu sichern. Wir sind deshalb so gut durch die Krise gekommen, weil wir kurzfristig die richtigen Maßnahmen gesetzt haben und die österreichischen Unternehmerinnen und Unternehmer alles getan haben, um so viele Mitarbeiter wie möglich halten zu können. Damit Österreich auch in Zukunft so gut dasteht, müssen wir den Unternehmen entsprechende Rahmenbedingungen zur Verfügung stellen. Der Vergleich macht uns sicher: Länder, die den Arbeitsmarkt stärker reguliert haben, leiden unter höherer Arbeitslosigkeit. Wir wollen deshalb ein flexibles

Arbeitsrecht, das Vorteile für Unternehmen und auch für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bringt. Und wir senken die Lohnnebenkosten, damit den arbeitenden Menschen mehr Netto vom Brutto bleibt und Unternehmen mehr Arbeitsplätze schaffen können.

Unser System der Dualen Berufsausbildung ist international hoch angesehen und findet immer mehr Nachahmer. Bildungs- und Arbeitsmarktexperten bestätigen: Der betrieblichen Lehrausbildung muss der Vorrang gegenüber der überbetrieblichen Ausbildung in Lehrwerkstätten erhalten bleiben.

*„Unsere Wirtschaft funktioniert.
Lassen wir sie noch
besser funktionieren!“*

Vizekanzler und Bundesparteiobermann
Dr. Michael Spindelegger

Unser Rezept gegen den Facharbeitermangel ist eine verbesserte Berufsinformation in der Schule. Schulabgängerinnen und Schulabgänger, die sich um eine Lehrstelle bewerben, müssen ausnahmslos Grundfertigkeiten in Lesen, Schreiben und Rechnen und bestimmte soziale

Kompetenzen mitbringen. Mit der „Mittleren Reife“ am Ende der Pflichtschule sollen diese Kompetenzen verbindlich dokumentiert werden. Lehre mit Matura und eine weiterführende Berufsakademie, die Lehrabsolventen besonders qualifiziert, sollen die Lehrausbildung für junge Menschen attraktiver machen.

Unser Programm für die Entfesselung der Wirtschaft:

Unternehmen, Gründungen und Finanzierungen

- Mittelstandsfinanzierung durch Mittelstandsfinanzierungsgesellschaft, über die Private direkt an der Entwicklung von KMU teilhaben können, erleichtern und forcieren.
- Eigenkapitalfinanzierung erleichtern: Beseitigung der steuerlichen Diskriminierung von Eigenkapital gegenüber Fremdkapital (Abschaffung der Gesellschaftssteuer).
- Beteiligungsfinanzierung stärken: Schaffung eines Beteiligungsfreibetrages für private Investoren.
- Schaffung eines klaren rechtlichen Rahmens für ergänzende Finanzierungsinstrumente wie „Crowdfunding“.
- Erleichterter Zugang zu Risikokapital durch Kapitalgarantien, Haftungen, Finanzierungsfonds und Beratungsleistungen.

- Programm zur Entfesselung der Wirtschaft umsetzen: Abbau bürokratischer Hürden, Jungunternehmeroffensive.
- Erleichterungen bei der Betriebsübergabe: Kosten senken, Administration erleichtern, Vereinfachung im Betriebsanlagenrecht.
- Unternehmensgründungen erleichtern: Zugang verbessern, bürokratische Hürden abbauen.
- Investitionsanreize für Unternehmen durch Investitionszuwachsprämie Neu und degressive Abschreibung.
- Anreize schaffen, damit verstärkt auch in den ländlichen Regionen Investitionen getätigt werden.
- Sicherung des Zugangs von KMU zu Finanzierungen und Haftungen, verstärkte und nachhaltigere Nutzung europäischer Programme, wie der Strukturfonds, Horizon 2020 und COSME sowie der Mittel der EIB und des EIF u.a. durch Vereinfachung der Verfahren.
- Innovationspotenzial in und durch Kreativwirtschaft erhöhen – Initiative „evolve“ fortsetzen.
- Haftungsrahmen für Tourismusfinanzierung zur Mobilisierung von Krediten.
- Berechtigungsumfänge der einzelnen Gewerbe sinnvoll erweitern.
- Interdisziplinäre Zusammenarbeit zwischen verschiedenen Berufen erleichtern.
- Unterstützung einer KMU-freundlichen Normungspolitik auf nationaler und europäischer Ebene.

Standortpolitik

- Standortkriteriencheck für alle politischen Vorhaben.
- Österreich als Headquarter-Standort ausbauen:
 - o moderne Infrastruktur,
 - o leistungsfähiges Bildungssystem,
 - o steuerliche Rahmenbedingungen: attraktive Körperschaftsteuer und Gruppenbesteuerung beibehalten.
- Entlastung des Faktors Arbeit: Senkung Lohnnebenkosten auf 45% bis 2018 und Vereinfachung der Lohnverrechnung.
- Mehr Arbeitsmarktflexibilität und Arbeitszeitflexibilisierung.
- Keine Erbschafts- und Schenkungssteuer, keine Eigentumssteuer.

- Marke Österreich zur Stärkung der Wahrnehmung Österreichs im In- und Ausland etablieren.
- Ausbau der RWR-Karte – Gesamtkonzept für qualifizierte Zuwanderung (z.B. Anerkennung des Bachelors, Senkung Gehaltshürde, erleichtertes Verfahren, Willkommenskultur etc.).
- Stärkung regionaler Wirtschaftsstandorte (inklusive Innovationsförderung).

Internationalisierung

- Zentraleuropa-Strategie: Österreich als Drehscheibe für Zentraleuropa und die Schwarzmeer-Region.
- Internationalisierungsoffensive zur Unterstützung der österreichischen Unternehmen vorantreiben.
- Intensivierung der Bemühungen um offene Exportmärkte für österreichische Waren, Dienstleistungen und Investitionen.
- Verbesserung und Umsetzung der möglichst weltweit geltenden Handelsregeln.
- Konzentration auf Wachstumsmärkte wie die BRICS-Staaten, Asien und die USA.
- Internationalisierung im Tourismus vorantreiben.

F&E

- Bildung von Clustern – Vernetzung verschiedener Betriebe innerhalb einer Sparte mit Forschung und Entwicklung.
- Regionale Innovationsoffensive für KMU: Finanzierung durch Zuschüsse und Darlehen über die AWS und FFG und Weiterführung des Innovationschecks.
- Gezielte und nachhaltige Nutzung der EU-Strukturfonds nach dem Ansatz der intelligenten Spezialisierung von Regionen. Reduktion der Förderbürokratie.
- Ausbau der Kooperation von Wirtschaft mit Universitäten, Fachhochschulen und Forschungseinrichtungen.
- Innovative öffentliche Beschaffung forcieren.
- Forschungsförderung über Agenturen forcieren: Definition strategischer Ausrichtung, Zielvereinbarung und Budgetautonomie.

- Bessere Verwertung der Forschungsergebnisse in der Wirtschaft durch thematische Wissenstransferzentren und Prototypenförderung.
- Beteiligung österreichischer Unternehmen an EU-Forschungsprogrammen erhöhen.
- Anreize für Höherqualifikation im Bereich von Naturwissenschaft und Technik.
- Ausbau der Forschungsinfrastruktur.

Ausbildung und Fachkräfte

- Forcierung von Wirtschaftswissen und Unternehmergeist in der Schule (z.B. „Unternehmerführerschein“).
- Intensivierung der Kooperation zwischen Schule und Wirtschaft im Sinne einer stärkeren Berufsorientierung.
- Weiterentwicklung des Konzepts „Lehre mit Matura“.
- Ausbau Berufsorientierung und Bildungsberatung an den Schulen.
- Berufsakademie als höhere duale Ausbildung.

Verwaltungsreform und Wettbewerbspolitik

- Vereinfachung der Gewerbeordnung: Weniger Bürokratie für mehr Entfaltung, ohne Qualitätsverlust.
- Öffentliche Beschaffung KMU-freundlicher gestalten.
- Staatsaufgaben neu definieren: Kernaufgaben sicherstellen sowie Rahmenbedingungen für erfolgreiches Wirtschaften schaffen.
- Neuordnung der Kompetenzverteilung zwischen Bund und Ländern zur Harmonisierung gesetzlicher Regelungen fortsetzen.
- Reduktion von Verwaltungskosten und gleichzeitige Änderung des Handelns der öffentlichen Verwaltung im Rahmen institutioneller Reformen.
- Wettbewerb stärken durch eine effizientere Ausgestaltung des kartellrechtlichen Verfahrens und eine Aufwertung der Bundeswettbewerbsbehörde (Verbesserung der organisatorischen Struktur und der Ressourcen).

Arbeit: Aufstieg durch Tatkraft und Fleiß.

Noch nie hatten in Österreich so viele Menschen einen Arbeitsplatz. Wir können zu Recht stolz sein auf den Beschäftigungsrekord von 3,5 Mio.

„Jede und jeder in Österreich soll die Möglichkeit haben, in den Mittelstand aufzusteigen.“

Vizekanzler und Bundesparteiobermann
Dr. Michael Spindelegger

Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern. Arbeit wirkt sinnstiftend und ist die Grundlage für ein sicheres Einkommen. Wir wollen ein Österreich schaffen, in dem jede und jeder die Möglichkeit hat, durch Arbeit aufzusteigen – materiell, bildungsmäßig und sozial. Tatkraft,

Motivation und der Wille zum Erfolg sind die Kriterien, an denen sich eine gerechte Gesellschaft zu messen hat. Gerechtigkeit heißt nicht, dass alle gleich weit kommen, sondern dass allen die gleichen Möglichkeiten offenstehen.

Der Erfolg ist dort am größten, wo alle in einem Unternehmen am gleichen Strang ziehen. Unsere Vision einer partnerschaftlichen Gesellschaft ist, dass sich Arbeitgeber und Arbeitnehmer auf Augenhöhe begegnen. Gleicher Lohn für gleiche Leistung ist dabei eine Selbstverständlichkeit, aber lange nicht ausreichend. Wir sehen in der Wahlfreiheit und Vereinbarkeit von Familie und Beruf eine zentrale familienpolitische und wirtschaftliche Herausforderung für die Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft. Dazu schlagen wir eine Flexibilisierung des Arbeitslebens und neue Modelle für „Brückeneinkommen“, also Einkommen, die Zeiten der Erwerbslosigkeit überbrücken, als Ergänzung zu bestehenden Modellen wie der Mitarbeitervorsorge/Abfertigung Neu vor. Das bringt Wahlfreiheit, neue berufliche Chancen und Flexibilität für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer: Mit unserem Modell für Zeitwertkonten können Arbeitnehmer nach Vereinbarung Teile ihres Einkommens auf einem persönlichen Zeitwertkonto ansammeln und nach Bedarf in längeren arbeitsfreien Zeiten beruflicher Weiterbildung oder familiärer Aufgaben abbauen. Die Bildungskarenz haben wir um die Bildungsteilzeit erweitert, die berufsbegleitende Weiterbildung erleichtert.

Chancen durch Arbeit heißt auch, bessere Möglichkeiten zur Schaffung von Eigentum zu eröffnen. Wir wollen die Eigentumsbildung in Arbeitnehmerhand verbessern, indem Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mehr als bisher am Erfolg des Unternehmens beteiligt werden können. Konkret schlagen

wir steuerliche Anreizmodelle auf freiwilliger Basis vor. Das stärkt die Partnerschaft von Arbeitgeber und Arbeitnehmer im Unternehmen und bringt bessere Chancen auf Eigentumsbildung für die arbeitenden Menschen.

Wir wollen die Beschäftigungschancen der über 50-Jährigen verbessern und verfolgen dabei einen offenen und ehrlichen Zugang: Hürden, die ältere Arbeitnehmer am Arbeitsmarkt benachteiligen, sollen beseitigt werden. Dazu gehört etwa für künftige Arbeitsverhältnisse eine flachere Gehaltskurve bei gleicher Lebensverdienstsumme, damit sich Jüngere leichter etwas aufbauen können und die Beschäftigung der Älteren gefördert wird. Durch das besondere Handlungs- und Erfahrungswissen älterer Arbeitskräfte entsteht auch ein entscheidender Wettbewerbsvorteil der Betriebe. Unser Ziel ist, länger und gesünder im Berufsleben zu bleiben. Dazu unterstützen wir Unternehmen bei der Schaffung altersgerechter Arbeitsplätze und beim betrieblichen Gesundheitsmanagement, wollen aber gezielt auch für ältere Arbeitnehmer flexible Arbeits- und Pensionsmodelle schaffen, die ein schrittweises Ausgleiten aus dem Erwerbsleben ermöglichen. Wir setzen uns konsequent für die Chancen aller Altersgruppen am Arbeitsmarkt ein.

Unser Konzept für Erfolg durch Arbeit:

- Vollbeschäftigung als realistisches Ziel: 420.000 neue Arbeitsplätze bis 2018.
- Einführung von Mitarbeitererfolgsbeteiligung über steuerliche Anreizmodelle.
- Ausbau der Modelle für „Brückeneinkommen“: Modelle für Bildungssparen analog zum Bausparen.
- Höhere Arbeitsplatzsicherheit durch Arbeitszeitflexibilisierung (Zeitwertkonten).
- Weitere Harmonisierung des Arbeits- und Sozialrechts für Arbeiter und Angestellte.
- Höhere Einstiegsgehälter für Junge bei einer flacheren Gehaltskurve in Tarifautonomie der Sozialpartner.
- Erfahrung älterer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer am Arbeitsmarkt nutzen und deren Benachteiligung verhindern.
- Anreize für längeren Verbleib im Erwerbsleben schaffen: Arbeitszeitmodelle, Eingliederungsbeihilfen, Kombilohnmodelle und Bonus für längeres Arbeiten.

- Länger gesünder Arbeiten: Unterstützung der Betriebe bei Gesundheitsvorsorge und der Schaffung altersgerechter Arbeitsplätze.
- Weiterentwicklung des AMS zu einer Agentur für Arbeit, AMS-Paket für ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.
- Mehr Effizienz in der Arbeitsmarktpolitik: betriebsnahe Qualifizierung, Qualitätssicherung bei AMS-Kursen, Berufsinformation an Schulen.
- Verankerung des „Work First“-Prinzips auf allen Ebenen durch konsequente Aktivierung vor allem auch arbeitsmarktfremder Gruppen.
- Einführung einer Bildungsprämie für Selbstständige und Bauern.
- Rechtssicherheit für Selbstständige.

Mobilität: Triebfeder für Wirtschaft und Gesellschaft.

Mobilität eröffnet Möglichkeiten und Freiräume – beruflich genauso wie privat. Wir verfolgen ganzheitliche Mobilitätskonzepte, die Individualverkehr und öffentlichen Verkehr sowie die Bedürfnisse von Stadt und Land gleichermaßen berücksichtigen, und treten

für die freie Wahl der Verkehrsmittel ein. Dabei streben wir umweltfreundliche Mobilität, wachstumsfördernde Infrastruktur, mehr Verkehrssicherheit und den Ausbau intelligenter Verkehrs- und Informationstechnologien an. Der ländliche Raum

„Mobilität eröffnet Möglichkeiten – wir schaffen die notwendigen Voraussetzungen.“

Innenministerin und ÖAAB-Bundesobfrau
Mag.^a Johanna Mikl-Leitner

soll auch weiterhin ein vitaler Wirtschafts- und Lebensraum sein. Mit dem Pendlereuro haben wir uns dafür eingesetzt, dass jene Menschen, die für ihren tagtäglichen Weg in die Arbeit eine lange Wegstrecke in Kauf nehmen, entlastet werden.

Die Anstrengungen zur Verminderung von Verkehrsopfern wollen wir weiter fortsetzen. Innovative Verkehrsmodelle wie Begegnungszonen ermöglichen allen Verkehrsteilnehmern mit einer wechselseitigen Rücksichtnahme ein neues Miteinander im Straßenverkehr. Auf der Basis von Best-Practice-Beispielen sollen diese weiterentwickelt und ausgebaut werden.

Damit die einzelnen Verkehrsträger besser aufeinander abgestimmt werden, treten wir für einen Masterplan Verkehr ein, der Straße, Schiene, Luft und Wasserverkehr beinhaltet und auch auf die europäischen Verkehrsnetze der EU Bedacht nimmt. Eine flächendeckende Infrastruktur ist ein wesentlicher Standortfaktor und sichert Wachstumspotenziale für künftige Generationen. Bis 2018 wird der Bund 20 Mrd. Euro in den Ausbau und Erhalt der Schienen- und Straßeninfrastruktur investieren.

Die Bereitstellung der Verkehrsinfrastruktur soll auch weiterhin Aufgabe des Staates bleiben. Im Bereich der Verkehrsunternehmen wollen wir Vorfahrt für privates Unternehmertum: Für den ÖBB-Personen- und Güterverkehr sollen strategische Partner gefunden werden. Die Milliardenzuschüsse für die ÖBB aus dem Steuertopf sollen dadurch der Vergangenheit angehören. Die bestehenden Markteintrittsbarrieren in den Schienenverkehr müssen gänzlich abgebaut werden. Das führt zu besserem Service und niedrigeren Preisen für die Kunden.

Österreich liegt im Herzen Europas und hat daher eine wichtige Funktion als Drehscheibe im grenzüberschreitenden Verkehr. Wir wollen eine Verbesserung der grenzüberschreitenden Mobilität von Personen und Gütern im Binnenmarkt. Vor allem von der Entwicklung der Transeuropäischen Netze, die bis 2030 die europäischen Regionen miteinander verbinden und sich damit mehr und mehr zu den Lebensadern Europas entwickeln werden, profitiert Österreich in Zukunft aufgrund seiner geographischen Lage besonders. Die Finanzierung dieser grenzüberschreitenden Verkehrswege wird von der Europäischen Union gefördert. Beim Bau des Brenner-Basistunnels sichern wir uns eine Mitfinanzierung der EU für den Ausbau unserer Verkehrsinfrastruktur.

Eine flächendeckende Versorgung braucht es auch mit Informationstechnologien. Wir wollen die Chancen der Digitalisierung bestmöglich nutzen und dafür Breitband für alle – auch im ländlichen Raum – mit der Unterstützung durch die öffentliche Hand sicherstellen. Die Finanzierung soll im Rahmen eines nationalen Masterplanes in enger Zusammenarbeit zwischen Bund, Ländern und Gemeinden erfolgen; insbesondere sind auch die Mittel aus der Versteigerung der Funkfrequenzen einzusetzen.

Unser Programm für mehr Möglichkeiten durch Mobilität:

- Masterplan Verkehr, der Straße, Schiene, Luft- und Wasserverkehr einbezieht.
- Freie Wahl der Verkehrsmittel sicherstellen – Ausbau ausreichender und leistungsfähiger Schnittstellen zwischen den Verkehrsträgern. Alle Verkehrsmittel sind daher gleichwertig.
- Umstieg auf Erdgas forcieren: 900 Gastankstellen in Österreich, gesetzliches Einfrieren der Abgaben auf Gas-Treibstoff bis 2025.
- Alternative Antriebsformen wie Elektromobilität oder Wasserstoff forcieren.
- Investitionen zur Entwicklung einer zukunftsfähigen Verkehrsinfrastruktur nach den Prinzipien der Wirtschaftlichkeit, Sparsamkeit und Zweckmäßigkeit sicherstellen.
- Modell Begegnungszonen als Best-Practice-Beispiele ausbauen, Eltern-Kind-Parkplätze schaffen.
- Wirtschaftlichkeit bei den ÖBB erhöhen, unser Ziel: Die Bahn der Zukunft hat den Kunden im Mittelpunkt und ist modern, schnell, günstig, bequem, pünktlich und effizient.
- Mehr Qualität, Service und günstige Tarife im Bahnverkehr durch mehr Anbieter.
- Schienen- und Straßeninfrastruktur in öffentlicher Hand, private Partner für Verkehrsbetreiber (ÖBB-Personen- und Güterverkehr).
- Regionalbahnen als lokalen Lebensfaktor erhalten.
- Sicherstellung der Investitionssicherheit bei Anschlussbahnen.
- Transeuropäische Verkehrsnetze: Europäische Wirtschaftsadern in Österreich umsetzen und für Österreich nutzen.
- Entwicklung Mobilitätskonzepte für den ländlichen Raum, Vernetzung Verkehrsverbünde und Nahverkehrsreform.
- Einführung des Österrichtickets.
- Flughäfen als Tor zur Welt: Bestmögliche Anbindungen von und nach Österreich sicherstellen und Drehscheibenfunktion der Flughäfen für Wirtschaft und Tourismus erhalten.
- Binnenschifffahrt als ökologisches Verkehrsmittel ausbauen.

- Flächendeckende Versorgung mit Breitband-Infrastruktur
 - Senkung der Grabungskosten durch integrierte Planung sämtlicher Infrastrukturerrichtungen,
 - Einbeziehung der Netze der öffentlichen, halböffentlichen und privaten Wirtschaft wie ÖBB, ASFINAG, Energieversorgern und Banken.

Energie: Sicher. Nachhaltig. Leistbar.

Energie ist der Treibstoff für Wirtschaft und Industrie, sichert die Mobilität für Arbeit und Freizeit und sorgt für ein warmes Zuhause im Winter. Energie ist ein Grundbedürfnis. Wir setzen uns für eine sichere und leistbare Energieversorgung ein. Es waren ÖVP-Minister, die dazu eine eigens abgestimmte Energiestrategie, den Plan für unsere Energieversorgung bis zum Jahr 2020, entwickelt haben.

Versorgungssicherheit ist das oberste Prinzip unserer Energiepolitik. Durch die Diversifizierung der Energieimporte und den Ausbau der heimischen Produktion werden wir insgesamt unabhängiger von einzelnen Lieferanten, Energierouten und Energieträgern. Die Nutzung regionaler Energieträger ist dabei auch ein entscheidender Wirtschaftsfaktor. Wir bauen die Erneuerbaren Energieträger Wind, Wasser, Sonne und Biomasse kosteneffizient weiter aus und führen die Technologie mit einer intelligenten und leistbaren Ökostromförderung schrittweise zur Marktreife. Damit Erneuerbare Energien einen nachhaltigen Beitrag zur Energieversorgung in Europa erbringen können, müssen sie in den Markt integriert werden. Diese Anstrengungen tragen bereits erste Früchte: Bis zum Jahr 2015 werden wir bilanziell unabhängig von Atomstromimporten und 2020 produzieren wir bereits 85% des verbrauchten Stroms aus Erneuerbaren Energieträgern. Wir haben schon früh auf heimische Wasserkraft gesetzt und haben dadurch jetzt einen entscheidenden Vorteil bei der Energiewende.

*„Österreich hat bei der
Energiewende die Nase vorn.
Wir sind schon heute die
grüne Batterie Europas.“*
Wirtschafts- und Energieminister
Dr. Reinhold Mitterlehner

Atomenergie ist für uns keine Option, der Vision eines atomfreien Europas wollen wir in der EU zum Durchbruch verhelfen. Künftig soll daher der gesamte Strom, den österreichische Haushalte und Unternehmen beziehen, einen verpflichtenden Nachweis der Herkunft haben. Jeder Verbraucher kennt dann den Strom-Mix seines Erzeugers und kann durch die verbesserte Transparenz eine Kaufentscheidung gegen Atomstrom treffen. Damit wird der österreichische Anti-Atomkurs konsequent weitergeführt.

Die beste Energie ist jene, die nicht verbraucht wird. Deshalb setzen wir die Förderung der thermischen Sanierung von Gebäuden fort, denn sie bringt eine dreifache Dividende: Sie kurbelt die Wirtschaft an, senkt den CO₂-Ausstoß und entlastet die Konsumenten. Mit einem Energieeffizienzgesetz wollen wir einen weiteren Schritt in Richtung sparsameren Einsatz wertvoller Energie gehen.

Die Zukunft der Energieversorgung liegt in einer dezentraleren Energieproduktion und Speicherung. Österreich kann seine Rolle als „Grüne Batterie“ in Europa weiter stärken, indem wir unsere Pumpspeicherkraftwerke in den Alpen weiter ausbauen und damit Versorgungs- und Verbrauchsspitzen ausgleichen so wie die Marktintegration der Erneuerbaren Energieträger unterstützen. Dafür braucht es auch leistungsfähigere und intelligente Stromnetze, sogenannte „Smart Grids“, die Stromerzeugung, Verteilung und Verbrauch effizient steuern. Die Genehmigungsverfahren für den Ausbau dieser Netze und auch für neue ökologische Kraftwerke sollen einfacher werden.

Energie muss leistbar sein. Unser Ansatz dafür ist eine Stärkung des Wettbewerbs. Die Wechselrate, also die Häufigkeit, mit der der Energieversorger gewechselt wird, ist in Österreich noch sehr gering. Hier braucht es verstärkte Information und Sensibilisierung der Konsumenten. Ähnlich wie bei der Mobiltelefonie kann das zu einer deutlichen Senkung der Kosten führen. Künftig soll der gesamte Strom, den österreichische Haushalte und Unternehmen beziehen, einen verpflichtenden Nachweis der Herkunft haben. Jeder Verbraucher kennt dann den Strom-Mix seines Erzeugers und kann durch die verbesserte Transparenz eine Kaufentscheidung gegen Atomstrom treffen.

Unsere Maßnahmen für die Energieversorgung der Zukunft:

- Weitere Umsetzung der Energiestrategie 2020.
- Festlegung einer Strategie 2030 im Lichte einer wettbewerbsfreundlichen und nachhaltigen Energieversorgung.

- Unabhängigkeit von Atomstromimporten bis 2015.
- Verpflichtende Stromkennzeichnung über die Herkunft und den Strom-Mix umsetzen.
- Versorgungssicherheit durch Diversifizierung der Energieimporte und Ausbau heimischer Erneuerbarer Energie erhöhen.
- Forcierung der Energieselbstversorgung Österreichs: Reduktion der Importabhängigkeit bei fossilen Energieträgern durch Erneuerbare Energieträger und mehr Energieeffizienz, Erdgas als Brückenenergie.
- Ausbau der Netz-Infrastruktur forcieren.
- Schrittweise Heranführung Erneuerbarer Energien an die Marktreife mittels Förderregime für Wasser, Wind, Sonne und Biomasse.
- Stärkung der Wasserkraft als tragende Säule der heimischen Stromerzeugung.
- Energieeffizienz als Schlüssel der Energiepolitik forcieren: ein Energieeffizienzgesetz umsetzen.
- Wettbewerb zum Nutzen der Konsumenten stärken: Mehr Anbieterwechsel durch offensivere Bewerbung.
- Bürokratische Hürden beim Ausbau der Energie-Infrastruktur beseitigen und Verfahren (UVP) beschleunigen.
- Regulierungsbedingte Energiekosten senken.
- Gemeinsamer europäischer Markt für Energie zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit, als Grundlage für eine Re-Industrialisierung und für leistbare Energie für die Konsumenten.
- Forcierung eines harmonisierten, marktorientierten EU-Förderrahmens für Erneuerbare Energie.
- Nachhaltige Nutzung der EU-Strukturfonds zum Ausbau der Erneuerbaren Energie und Energieeffizienzmaßnahmen entsprechend der regionalen Herausforderungen.
- Forcierung einer zukunftsorientierten Technologie-, Innovations- und Investitionsstrategie der EU im Energiebereich.
- Praktische Förderantragsmöglichkeiten für alle Energieträger.

Für ein Österreich der Familien und Generationen

Familie: Kindeswohl, Wahlfreiheit und Vereinbarkeit sichern.

Familien geben Halt und sind die einzige Konstante in einer sich ständig ändernden Welt. Sie sind das zuverlässigste soziale Netz, das Generationen verbindet. Familie ist der Ort, wo Menschen füreinander Verantwortung übernehmen, Eltern für ihre Kinder und Kinder für ihre Eltern. Familie heißt, das Leben gemeinsam in die Hand zu nehmen. Wir wollen dafür der Partner sein. Kindeswohl, Wahlfreiheit und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf stehen im Mittelpunkt unserer Familienpolitik.

Was das Beste für eine Familie ist, hat nicht der Staat zu entscheiden. Familien sind individuell und unterschiedlich in ihren Bedürfnissen. Wir wollen ihnen daher auch in Zukunft nicht vorschreiben, wie sie zu leben haben. Familien brauchen keinen Vormund, sondern einen verlässlichen Partner. Wir stärken sie in ihrer Eigenverantwortung und stellen Wahlfreiheit in den Mittelpunkt.

Unser Ziel ist es, Österreich zum familienfreundlichsten Land Europas zu machen. Auf diesem Weg haben wir bereits vieles erreicht: Das Familienrechtspaket, die Direktauszahlung der Familienbeihilfe und die Pflegefreistellung sind nur einige Beispiele der jüngsten Erfolge. Familien sind heute tagtäglich mit neuen Herausforderungen konfrontiert. Sie brauchen nicht nur Zeit, sondern auch Geld und Infrastruktur. Die Entscheidung,

*„Kinder halten
Österreich jung.“*

Wirtschafts- und Familienminister
Dr. Reinhold Mitterlehner

eine Familie zu gründen, darf nicht von der Frage abhängen, ob man sich Kinder leisten kann – im Gegenteil: Die Frage muss lauten: Will man eine Familie gründen. Wir sorgen mit unserer Familienpolitik dafür, dass Familien in Österreich die besten Rahmenbedingungen vorfinden und in gesicherten Verhältnissen leben können. Der arbeitsfreie Sonntag steht für uns nicht zur Disposition (ausgenommen sind bestimmte Bereiche wie Gesundheitsversorgung, Sicherheit oder der Tourismus).

Familien sollen ihr Miteinander selbst gestalten können. Dafür müssen vor allem Familie und Beruf vereinbar sein. Eine familienfreundliche Wirtschafts- und Arbeitswelt zeichnet sich daher besonders durch flexible Arbeitszeitmodelle aus. Das Recht der Eltern auf Teilzeit ist eine große politische

Errungenschaft, an der wir auch in Zukunft nicht rütteln werden. Für eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf braucht es den weiteren Ausbau eines qualitativ hochwertigen und flächendeckenden Kinderbetreuungsangebots mit bedarfsgerechten Öffnungszeiten. Durch Mitfinanzierung des Bundes wurden seit 2008 bereits 31.000 neue Kinderbetreuungsplätze mit Fokus auf die Kleinkindbetreuung geschaffen. Familie denken, bedeutet heute, die gesellschaftlichen Veränderungen mitzudenken.

Familie denken, bedeutet für uns aber auch, die Bedürfnisse der Kinder ernst zu nehmen und sich an ihre Seite zu stellen. Dazu haben wir die Rechte von Kindern in der Verfassung festgeschrieben und ein umfangreiches Paket gegen schwere Gewalt gegen Kinder verabschiedet, in dem die Wehrlosigkeit und das geringe Alter des Kindes einen Erschwerungsgrund im Strafrecht darstellt. Wir wollen unseren Kindern die besten Startvoraussetzungen mit auf den Weg geben und sie, als die Schwächsten unserer Gesellschaft, besonders schützen. Ihr Schutz und Wohl ist unsere Verantwortung.

*„Gesellschaften ändern sich.
Die Familie bleibt.“*

Vizekanzler und Bundesparteiobmann
Dr. Michael Spindelegger

Unser Programm für das familienfreundlichste Land Europas:

- Steuerfreies Grundeinkommen für Familien: Einführung eines Kinderfreibetrags von 7.000 Euro je Kind.
- Familienförderung Neu: mehr Leistung und übersichtlicheres System.
- Ziel: Indexierung von Familienleistungen.
- Volle Anrechnung von Kindererziehungszeiten für die Pension: Volle vier Jahre für jedes Kind unabhängig von der Geburt des Kindes und auch rückwirkend für Geburtenjahrgänge vor 1955.
- Anhebung Altersgrenze und Betrag für die Absetzbarkeit von Kinderbetreuungskosten bis zum Ende der Schulpflicht sowie Ausweitung auf Haushaltshilfen.
- Erweiterung der Öffnungszeiten der Kinderbetreuungseinrichtungen im Hinblick auf ganztägig bzw. ganztätig je nach Bedarf.
- Ausbau betrieblicher Kinderbetreuungseinrichtungen im Öffentlichen Dienst, Förderprogramme zum Ausbau im Privatwirtschaftsbereich entwickeln.

- Qualitätsstandards in der Kinderbetreuung sicherstellen.
- Freiwilligentätigkeit für alle Generationen attraktiv machen, z.B. durch Unfall- und Haftpflichtversicherung während der Ausübung freiwilliger Tätigkeiten.
- Anreize zur Wahrnehmung und Stärkung der elterlichen Verantwortung nach dem Vorbild des Mutter-Kind-Passes schaffen.
- Kindeswohl als oberste Priorität und Schutz unserer Kinder vor Gewalt und Gefahren jeglicher Art.
- Kindergesundheit: Frühzeitige Prävention und altersgerechte Rehabilitation.

Jugend: Sichere Zukunft für große Pläne.

Jugendpolitik muss ihren Blick auf das Heute, das Morgen und das Übermorgen richten. Es braucht Rahmenbedingungen, die den Bedürfnissen unserer Jugend gerecht werden, und nachhaltiges Handeln, damit künftigen Generationen alle Türen offenstehen. Ziel unserer Politik ist es, der Jugend ein besseres Österreich zu übergeben.

Entscheidungen, die heute getroffen werden, haben Auswirkungen auf die Zukunft junger Menschen. Unsere Jugendpolitik setzt daher auf Einbeziehen statt auf Ausgrenzen. Wir machen Politik nicht nur für die Jugend, sondern bewusst mit der Jugend. Erwachsen- werden heißt auch lernen, Verantwortung zu übernehmen. Junge Menschen sind voller Ideen, sie sollen an der Gestaltung ihres Lebensumfeldes mitwirken und zu

*„Wir Jungen haben Träume.
Lassen wir sie
Wirklichkeit werden.“*
Staatssekretär und JVP-Obmann
Sebastian Kurz

Beteiligten werden, deren Meinung zählt. Wir wollen ihnen Raum geben, sich einzubringen, etwa über die Einrichtung von Jugend-Think-Tanks. So bereiten wir sie am besten für das Leben vor.

Die Jugend ist heute nicht nur besser informiert und politisch engagiert, auch das Mobilitätsbedürfnis der Jugendlichen ist größer. Deshalb haben wir das Top-Jugendticket umgesetzt: Mit dem Top-Jugendticket können Schüler und

Lehrlinge innerhalb eines Verkehrsverbundes kostengünstig (zwischen 60 Euro und 96 Euro pro Jahr) das öffentliche Verkehrsnetz in Anspruch nehmen.

Die Welt, in der junge Menschen heute aufwachsen, ist bunter und vielfältiger geworden. Sie bietet ihnen zahlreiche Möglichkeiten, birgt aber auch Gefahren. Wir sehen es als unsere Aufgabe, der Jugend Schutz zu bieten und Orientierung zu geben. Gerade bei Suchtmitteln ist für uns Prävention durch Aufklärung unerlässlich. Auch für Gefahren des Internets (z.B. Cybermobbing etc.) braucht es Prävention und Aufklärung. Denn wir wollen nicht, dass die Zukunftschancen junger Menschen zerstört werden.

Der erste Job, die erste Wohnung, die Gründung einer eigenen Familie. Der Start ins Erwachsenenleben darf bei jungen Menschen keine Ängste hervorrufen, sondern muss Vorfreude wecken. Als Volkspartei setzen wir auf eine Jugendpolitik, die junge Menschen dort abholt, wo sie heute sind, ihnen aber auch Mut macht für die nächsten Lebensabschnitte.

Unsere Forderungen für die Jugend:

- Leistbare Mobilität für Junge: Bundesweites Jugend- und Studierendenticket.
- Talente der Jugend nützen: Schaffung von Jugend-Think-Tanks.
- Keine neuen Schulden: Schulden verbauen die Chancen für die Jugend.
- Ausbau der Suchtprävention: Aufklärung über Gefahren und Folgen.
- Jugendstrategie: Fortführung der Bundes-Jugendpolitik.
- Förderung der Medien- und Informationskompetenz Jugendlicher.
- Sensibilisierung der Jugendlichen für die Gefahren von sozialen Netzwerken.
- Ausbau der Berufsorientierung in den Schulen, Einstiegshilfen in das Arbeitsleben schaffen.

Senioren: Selbstbestimmtes Leben im Alter – aktiv und erfüllt.

Unseren Seniorinnen und Senioren gebührt Dank. Sie haben die Grundlage dafür gelegt, dass Österreich heute so erfolgreich ist und sie sind ein fairer Partner für die Jungen. Eine aktive Seniorenpolitik und ein sicheres Einkommen im Alter sind ein Herzensanliegen der ÖVP, dem wir uns mit allem Nachdruck widmen. Dabei verfolgen wir konsequent einen gerechten Ausgleich zwischen den Generationen: sichere Pensionen für ein leistbares Leben im Alter und Chancen für die Jungen. Die ÖVP hat in Zusammenarbeit der Generationenbeauftragten eine eigens abgestimmte Generationenstrategie erarbeitet.

Wir leben in einer altersbunten Gesellschaft. Noch nie konnten in Österreich so viele Menschen so lang, so gesund und so gut sozial abgesichert leben wie heute. Damit die Pensionen auch in Zukunft sicher sind, haben wir

beim Reformpaket 2012 schon die notwendigen Maßnahmen gesetzt, etwa durch ein effektives Bonus-Malus-System bei der Korridor- und Langzeitversichertenregelung oder mit der Einführung des Pensionskontos für alle ab 1955 Geborenen.

Bis 2020 soll das faktische Pensions-

alter um vier Jahre steigen. Auch die Pensionisten leisten mit der moderaten Pensionsanpassung 2014 einen Beitrag, damit das System finanzierbar bleibt.

Sichere Pensionen sind wichtig, aber nicht ausreichend, um die Bedürfnisse der Senioren abzudecken. Eine umfassende Politik für die Älteren umfasst seniorengerechtes Wohnen, lebensbegleitendes Lernen, Möglichkeiten des ehrenamtlichen Engagements und der Freizeitgestaltung, die Bereitstellung von Mobilität und Reisemöglichkeiten sowie Kultur- und Sportangebote.

Wir sehen Senioren als aktive Mitglieder unserer Gesellschaft, denen alle Möglichkeiten der Teilhabe offenstehen sollen. Wir setzen uns für das konsequente Verbot der Diskriminierung aufgrund des Alters in allen Lebensbereichen ein.

„In Österreich soll jeder in seinem Alter nach seiner Fassung glücklich werden.“

Seniorenbund-Obmann
Univ.-Prof. Dr. Andreas Khol

Unsere Maßnahmen für die Senioren und sichere Pensionen:

- Ein Pensionsrecht für alle: Ausländische Harmonisierungsschritte an das Allgemeine Pensionsgesetz umsetzen.
- Konsequentes Schließen aller Schlupflöcher in die Frühpension.
- Streichung der steuerlichen Begünstigung von „Golden Handshakes“.
- Höherer Bonus für längeres Arbeiten nach 60/65 Jahren.
- Flexibilisierung der Ruhens- und Wegfallbestimmungen in der Pension, ohne neue Anreize für Frühpensionen zu schaffen.
- Förderung und Ausbau der zweiten und dritten Pensionssäule.
- Vorbereitung auf den neuen Lebensabschnitt durch Lebensbegleitendes Lernen, Orientierungskurse zum Pensionsantritt und Ausbau der Geragogik (Forschung über das Lernen im Alter).
- Förderung von Bewegungsfähigkeit, Lernfähigkeit und Selbstständigkeit im Alter.
- Stärkung der Selbstbestimmung: Schaffung Alterswohlfahrt und Reform Sachwalterschaft: Einführung der „unterstützten Entscheidungsfindung“ und Schaffung von flächendeckendem Case-Management (Einzelfallberatung) mithilfe des Pflegefonds.
- Volle Anrechnung der Kindererziehungszeiten auf die Pension (4 Jahre für jedes Kind und auch für alle vor 1955 Geborenen).
- Kindererziehungszeiten sind bei der Pensionsberechnung gleichwertig zu Zeiten der Erwerbstätigkeit zu berücksichtigen (dies gilt auch und besonders für alle vor 1955 Geborenen und unabhängig vom Geburtsdatum des Kindes).
- Frühpensionsmonitoring: anonymisierte Erhebung der Frühpensionen nach Branche, Region, Bildungsstand, Pensions-Begründung zur Schaffung größtmöglicher Transparenz.
- Erweiterung des Sanierungsschecks um die Kategorie „seniorengerechtes Wohnen“.
- Anwendung der Planungsgrundlage „Design für alle“ bei der Gestaltung des öffentlichen Raums, damit nutzbar für alle Menschen – gleich in welchem Alter und mit (körperlichen) Einschränkungen lebend.
- Forschung und Entwicklung für selbstbestimmtes Leben durch innovative Techniken (AAL) forcieren.

Frauen: Ja zur Gleichberechtigung, Nein zur Bevormundung.

Arbeitsplatz, Familie, Weiterbildung und Freizeit: Zeitgemäße Frauenpolitik muss den heute vielfältigen Lebensrealitäten von Frauen gerecht werden und alte Rollenbilder ablegen. Wir wollen, dass Frauen selbstbestimmt ihren Weg gehen können – nach ihren eigenen Wünschen und Vorstellungen.

Die Sichtweisen und Fähigkeiten, die Frauen in unterschiedlichen Bereichen einbringen, sind für uns und unsere Gesellschaft von großer Bedeutung. Auf sie können und wollen wir nicht verzichten. Frauen sind engagiert und leistungsstark. Davon profitiert auch unsere Wirtschaft. Bereits heute steht in jedem dritten Unternehmen eine Frau an der Spitze. Wir setzen uns dafür ein, die Rahmenbedingungen und Anreize für den Aufstieg von qualifizierten Frauen weiter zu verbessern.

Frauen sollen überall dort ihre Chance wahrnehmen können, wo ihre Interessen und Stärken liegen. Gerade bei der Berufswahl wollen wir sie ermutigen, auch in atypischen Berufen Fuß zu fassen. Eine Frau zu sein, darf kein Hindernis darstellen. Für uns ist klar: Gleichwertige Arbeit ist gleich zu bewerten. Das Schließen der Einkommensschere zwischen Frauen und Männern ist ein wichtiges Ziel auf dem Weg zu mehr Gleichberechtigung.

Bestmögliche Qualifikation verlangt laufende Weiterbildung. Insbesondere für Frauen in Karenz wollen wir das Angebot an Weiterbildung verbessern.

Den oftmals schwierigen Wiedereinstieg sollen begleitende Maßnahmen erleichtern. Familie und Beruf müssen für uns vereinbar sein. Daher lehnen wir es ab, die Teilzeitbeschäftigung und die freiwillige geringfügige Beschäftigung schlechtzumachen. Alle

*„Männer sind anders.
Frauen auch.“*

Dorothea Schittenhelm,
Bundesleiterin ÖVP-Frauen

Möglichkeiten der Wahlfreiheit sind legitim und zu unterstützen. Frauen planen sich ihr Familienmodell frei und selbstbestimmt, ohne Bevormundung durch kollektive Mächte.

Unser Ziel als Volkspartei ist es, Frauen in ihrer individuellen Lebensplanung bestmöglich zu unterstützen. Gleichzeitig wollen wir Frauen in schwierigen Situationen eine Stütze sein und ihnen durch gezielte Hilfestellungen

Sicherheit und Perspektive bieten. Politik für Frauen bedeutet nicht zuletzt, Frauen eine Stimme zu geben. Wir wollen Frauen weiterhin fördern und bestärken, sich in der Politik mit ihren Ideen und Ansichten einzubringen.

Unsere Maßnahmen für eine moderne Frauenpolitik:

- Weiterbildungsmöglichkeiten für Frauen in der Karenz verbessern.
- Wiedereinstiegshilfen schaffen.
- Karrierechancen für Frauen verbessern, Ausgewogenheit in der Personalentwicklung, Frauenförderpläne im Öffentlichen Dienst weiter umsetzen.
- Erweiterung der Öffnungszeiten der Kinderbetreuungseinrichtungen im Hinblick auf ganztägig bzw. ganztätig je nach Bedarf.
- Neue Programme zur Verbesserung der spezifischen Situation der Frauen in den ländlichen Regionen entwickeln und fördern.
- Leistbares Wohnen für Alleinstehende sichern.
- Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit.
- Anerkennung von vier Pensionsjahren pro Kind unabhängig vom Geburtsdatum für alle Frauen.
- HPV-Impfung auf Krankenschein.
- Osteoporose-Vorsorge ausbauen.
- Notrufsäulen im öffentlichen Raum einrichten.
- Unterstützung gegen Gewalt an Frauen.

Für ein Österreich der Lebensqualität

Gesundheit: Prävention, Kuration, Rehabilitation, Pflege und Hospiz.

Österreich hat eines der besten Gesundheitssysteme der Welt. Diesen hohen Standard zu halten und zu sichern, ist für die ÖVP eine selbstverständliche Verpflichtung.

Solidarität bewirkt einen Risiko- und Leistungsausgleich zwischen reichen und armen, gesunden und kranken, jungen und alten Menschen. Es darf weder von der Geldbörse des Patienten noch vom Alter abhängen, ob und wie jemand versorgt wird. Das gilt selbstverständlich auch für die Spitzenmedizin, insbesondere an den Universitätskliniken in Wien, Graz und Innsbruck. Wir wollen den Zugang der Österreicherinnen und Österreicher zu notwendigen Sozial- und Gesundheitsleistungen unabhängig vom Einkommen zukunftsfest finanzieren.

Unser Gesundheitssystem muss nach klaren, abgestuften Prioritäten funktionieren: Prävention vor Behandlung – Behandlung vor Rehabilitation, ambulante vor stationärer Behandlung – Versorgung durch Niedergelassene

vor Versorgung durch Spitalsambulanzen. Der Dreh- und Angelpunkt des gesamten Gesundheitssystems sollen die Hausärzte sein. Dazu wollen wir den niedergelassenen Bereich stärken und die Spitäler und die teilweise überfüllten Spitalsambulanzen entlasten. Dazu braucht es auch weiterhin ein flächendeckendes Netz an Ärzten und öffentlichen Apotheken vor allem auch im ländlichen Bereich, das wir durch attraktive Rahmenbedingungen sicherstellen wollen.

„Unser Ziel ist eine hochqualifizierte Versorgung der Menschen mit Gesundheitsdienstleistungen – unabhängig von Alter und Einkommen.“

Um das weiterhin finanzieren zu können, müssen wir die Effizienz des Systems steigern, statt Leistungen einzuschränken.“

Klubobmann Karlheinz Kopf

Dazu gehört auch eine zeitgemäße, patientenfreundliche Regelung für Hausapotheken. 80% der Beschäftigten im Gesundheitssystem sind Frauen.

Die Arbeitsbedingungen müssen darauf Rücksicht nehmen und insbesondere der hohen Burn-out-Rate im pflegerischen und im ärztlichen Bereich entgegenwirken.

Anstrengungen aller Beteiligten in den vergangenen Jahren und die Zuschüsse des Bundes haben es ermöglicht: Heute stehen die Krankenkassen (mit Ausnahme der Wiener Gebietskrankenkasse) ohne Schulden und finanziell so solide da, wie seit Jahrzehnten nicht. Nur in einem finanziell soliden Gesundheitssystem können die notwendigen medizinischen Leistungen erbracht, Versorgungslücken geschlossen und Prävention ausgebaut werden.

Mit der Gesundheitsreform haben wir das gesamte Gesundheitssystem vom niedergelassenen Arzt bis zum ambulanten und stationären Bereich in den Spitälern an den demographischen Wandel und die Kostendynamik im Medizinbereich angepasst. Die Kostensteigerungen werden in Zukunft nicht höher sein als die Wirtschaftsleistung, das System bleibt damit nachhaltig finanzierbar. Wir haben die Quadratur des Kreises geschafft: Es gab auch bei dieser Reform keine Leistungskürzungen, auch nicht in der Spitzenmedizin. Denn wir investieren nicht weniger in die Gesundheit, sondern das vorhandene Geld wird besser eingesetzt.

Um die Selbstbestimmung und Eigenverantwortung der Menschen zu stärken, haben wir die Patientenverfügung eingeführt. Diese soll evaluiert werden, der Zugang soll leichter, die Bürokratie dazu soll weniger und die Kosten für die Errichtung einer Patientenverfügung sollen gesenkt werden.

Unsere Maßnahmen für ein Österreich mit höchster Lebensqualität:

- Zugang zu hochqualitativer Medizin unabhängig von sozialem Status, Alter, Einkommen oder Vermögen sicherstellen.
- Weltklassemedizin insbesondere an den Universitätskliniken in Wien, Graz und Innsbruck erhalten und ausbauen.
- Vorsorge ist besser als heilen. Prävention als Leitgedanken im gesamten Gesundheitssystem etablieren, Anreize zur eigenverantwortlichen Vorsorge schaffen, Bundes-Gesundheits-Präventionsgesetz umsetzen.
- Mehr Zeit für persönliche Betreuung statt ausufernder Bürokratie.
- Hausarzt als Drehscheibe im gesamten Gesundheitssystem.

- Entlastung der Spitäler und der Spitalsambulanzen durch Aufwertung des niedergelassenen Bereiches und der niedergelassenen Ärzte.
- Wohnortnahe ärztliche Versorgung auch im ländlichen Raum sicherstellen.
- Erhalt der ärztlichen Hausapotheken im ländlichen Raum zur Sicherung einer patientennahen Medikamentenversorgung.
- Entwicklung und Umsetzung nationaler Aktionspläne gegen Demenz (Alzheimer), psychische Krankheiten, Krebs, Herz-Kreislaufkrankungen, Schlaganfall, Übergewicht und Diabetes.
- Ausbau der Versorgung bei psychischen Erkrankungen.
- Ausbau der Kindergesundheit: Prävention, z.B. bei Übergewicht oder Suchtgefährdung, psychologische Versorgung, Rehabilitation, z.B. bei Essstörungen oder Krebs.
- Ausbau der Leistungen des Mutter-Kind-Passes.
- Schließen der Versorgungslücke in der Rehabilitation z.B. nach Krebs, bei psychischen Störungen oder nach Schlaganfall.
- Vereinbarkeit von Beruf und Familie, insbesondere für Frauen in Gesundheitsberufen.
- Kampf gegen die hohe Burn-out-Rate im Gesundheitswesen.
- Attraktive Arbeitsbedingungen für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Spitälern.
- Für hohe Ausbildungsqualität für Jungärzte und für Beschäftigte in Gesundheitsberufen sorgen.
- Aufbau einer flächendeckenden mobilen und stationären Hospiz- und Palliativversorgung, insbesondere der Kinderhospizversorgung nach dem Vorbild des „Sterntalerhofs“ oder des „Caritas-MoMo“.

Pflege und Menschen mit Behinderung: Politik für besondere Bedürfnisse.

Die Würde des Menschen ist unantastbar und unabhängig von Leistungsfähigkeit, Alter oder Gesundheitszustand. Ein großes Anliegen ist uns, dass die Menschen in Österreich in Würde altern können. Dem Bedürfnis der breiten Mehrheit, die letzten Jahre des Lebens in den eigenen vier Wänden zu verbringen, haben wir mit der Einrichtung des Pflegefonds Rechnung getragen. Wir wollen die Pflege nicht verstaatlichen und geben deshalb Geldleistungen den Vorrang vor Sachleistungen. Den Pflegefonds zur Finanzierung der Pflege haben wir bis 2016 verlängert und damit die familiäre Pflege weiter gesichert. Wir lehnen im Gegensatz zu anderen Parteien jede Forderung nach Sterbehilfe strikt ab.

„Eine Gesellschaft, die Alter und Behinderung aus der Öffentlichkeit verdrängt, verliert ihr menschliches Gesicht.“

Dr. Franz-Joseph Huainigg,
ÖVP-Behindertensprecher

Um pflegende Angehörige zu entlasten, haben wir Pflege-Teilzeit und Pflegekarenz eingeführt, die mit 2014 wirksam werden. Die sozialrechtliche Absicherung pflegender Angehöriger ist eine zentrale Notwendigkeit. Dazu haben wir in den vergangenen Jahren die Anrechnung von Pflegezeit auf die Pension für pflegende Angehörige laufend ausgebaut. Wer eine Angehörige oder einen Angehörigen ab der Pflegestufe 3 pflegt (Stufe 1 bei Minderjährigen und demenziell Erkrankten) und deshalb seine Erwerbstätigkeit beendet, erhält diese Pflegezeiten für seine Pension angerechnet. Begleitend braucht es ein besseres Angebot mobiler Dienste, einen Ausbau des betreuten Wohnens und des Einsatzes von Pflegeersatzkräften sowie persönlicher Assistenz.

Eine Gesellschaft, die Behinderung aus der Öffentlichkeit verdrängt, verliert ihr menschliches Gesicht. Deshalb setzen wir uns für eine bestmögliche Inklusion von Menschen mit Behinderung in allen Lebensbereichen ein, wobei Menschen mit Behinderungen im Sinne der UN-Konvention in die Prozesse gleichberechtigt eingebunden werden sollen. Den Ausbau der Barrierefreiheit und die Beseitigung von Diskriminierung werden wir konsequent fortsetzen.

Unser Programm für die Pflege und für Menschen mit besonderen Bedürfnissen:

- Dauerhafte Sicherung der Pflege: bis 2016 mit zusätzlichen 650 Mio. Euro gesichert, danach Weiterführung der Leistungen.
- Bekenntnis zu Pflege-Geldleistungen zur Sicherung der Wahlfreiheit.
- Möglichst lang in den eigenen vier Wänden, Entlastung durch Bereitstellung von Angeboten zur Kurzzeitpflege und Ausbau von mobilen Diensten.
- Erweiterung Sanierungsschecks um Kategorie „barrierefreies Wohnen“.
- Berücksichtigung eines möglichen künftigen Pflegebedarfs in der Wohnbaupolitik.
- Vereinbarkeit Pflege & Familie, Pflege & Beruf: Einführung von Pflege-Teilzeit, Abschaffung des Kinder-Regresses, Ausbau „Urlaub von der Pflege“.
- Stärkung der familiären Pflege: Ausweitung der Förderung von 24-Stunden-Betreuung auf bis zu drei Personen – wobei auch die Pflege mehrerer, nicht verwandter Personen förderbar werden soll.
- Qualitätssicherung bei Vermittlungsagenturen für 24-Stunden-Betreuung durch Schaffung eines reglementierten Gewerbes erhöhen.
- Reform Pflegeausbildung von der Pflege-Lehre bis zur Hochschule: Durchlässigkeit sicherstellen, Pflegewissenschaft bundesweit absichern.
- Barrierefreies Bauen, um Wohnen in den eigenen vier Wänden und soziale Teilhabe zu erleichtern, Ausbau des betreuten Wohnens.
- Umsetzung der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderung anhand des Nationalen Aktionsplans.
- Selbstbestimmtes Leben für Menschen mit Behinderung ermöglichen, persönliche Assistenz sukzessive bundesweit einheitlich ausbauen und die Finanzierung sichern.
- Bildungs- und Berufszugänge für Menschen mit Behinderung öffnen, Beschäftigungsoffensiven und Chancengerechtigkeit sicherstellen.
- Unantastbare Menschenwürde: Würdevolles Leben und Sterben durch Ausbau einer flächendeckenden Hospizbetreuung und Palliativ-Versorgung.
- Verfassungsrechtliche Verankerung der Menschenwürde.
- Ratifizierung der Biomedizin-Konvention („Oviedo-Konvention“).
- Einrichtung einer ständigen parlamentarischen Kommission zur Beratung bioethischer Fragen.

Soziales und sozialer Zusammenhalt: Hilfe zur Selbsthilfe. Verantwortung. Solidarität.

Österreich hat ein sehr dichtes soziales Netz – und das ist gut so. Unsere Hilfe gilt den Schwachen und jenen, die wirklich Hilfe brauchen. Wir lassen niemanden am Rande des Weges stehen, der es aus eigener Kraft nicht mehr schafft. Dabei stehen für uns die Menschen im Mittelpunkt: Die Idee von einem glücklichen und erfüllten Leben soll jeder und jede selbst verwirklichen können und nicht die persönlichen Wünsche dem Staat unterordnen müssen. Wir wollen keinen alimentierenden Almosenstaat, der Abhängigkeiten schafft, sondern einen aktivierenden Sozialstaat, der die Menschen stark macht, damit sie auf eigenen Beinen stehen können. Wer den Sozialstaat ungerechtfertigt ausnützt, begeht Betrug an der Gesellschaft. Wir werden daher auch den Kampf gegen Sozialmissbrauch konsequent fortsetzen.

„Arbeit ist der beste Schutz vor Armut.“
Innenministerin und ÖAAB-Bundesobfrau
Mag.^a Johanna Mikl-Leitner

Ein soziales Österreich braucht neben dem Staat auch eine starke Bürgergesellschaft, in der Menschen füreinander Verantwortung übernehmen. Deshalb wollen wir neben den staatlichen Sicherungssystemen vor allem das private Gemeinwohl dort, wo Menschen direkt anderen Menschen helfen, stärken. Wir haben in Österreich eine ausgeprägte Kultur der Freiwilligkeit, des Ehrenamts und des Miteinanders. Rund drei Millionen Freiwillige sind in mehr als 116.000 Vereinen ehrenamtlich engagiert und leisten damit einen wichtigen Beitrag für die Allgemeinheit. Das ehrenamtliche Engagement ist auch eine wichtige Stütze für die Pflege und Altenbetreuung – zahlreiche soziale Einrichtungen sind auf die Hilfe und Unterstützung von Freiwilligen angewiesen.

Der Zivildienst leistet einen wichtigen Beitrag zum Ehrenamt. Er ist nicht nur ein ungeheures Potenzial für späteres freiwilliges Engagement junger Menschen, sondern stärkt auch die intergenerative Verantwortung und das Bewusstsein des gesellschaftlichen Zusammenhalts. Wir wollen eine Gesellschaft, die die Balance schafft zwischen freier Lebensgestaltung und sozialer Verantwortung eines jeden Einzelnen. Wenn der Sozialstaat zu einer bürokratischen Umverteilungsmaschine wird und denen, die sich etwas geschaffen haben, die Früchte ihrer Arbeit und ihrer Sparsamkeit wegnimmt, dann steht es schlecht um den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft, um Chancengerechtigkeit und um echte Solidarität.

Das beste Mittel gegen Armut ist Beschäftigung. Gerade in einem wirtschaftlich so erfolgreichen Land wie Österreich muss es möglich sein, alle Menschen bestmöglich am Wohlstand zu beteiligen. Wohlstand durch Arbeit heißt, die Teilhabe und Chancen durch Bildung, Ausbildung und Qualifizierungen zu verbessern. Die Frage der Finanzierung unserer Sozialsysteme ist eine stete Herausforderung. Die ÖVP ist dabei die einzige treibende Kraft, die überholte Strukturen hinterfragt und dort hilft, wo Hilfe notwendig ist.

Unsere Maßnahmen für sozialen Zusammenhalt im Land:

- Reform der Mindestsicherung: Arbeitsmarktintegration verbessern.
- Systematische Kontrolle alle drei Monate, ob überhaupt eine Berechtigung zum Bezug der Mindestsicherung besteht.
- Einheitliche Überprüfung der Einkommens- und Vermögenssituation der Mindestsicherungsbezieher.
- Sofortige Sanktionen, wenn jemand seine Beschäftigung vereitelt oder unrichtige Angaben zu seinem Einkommen, Vermögen oder Wohnsitz gemacht hat.
- Rückforderung ungerechtfertigter Auszahlungen der Mindestsicherung vom Empfänger.
- Anreize für AMS-Berater: Wer einen Klienten vermittelt und zu einem Job verhilft, der soll eine Prämie erhalten.
- Armutsbekämpfung: Sicherung des notwendigen Bedarfs für Kinder.
- Umdenken im Schulsystem: von der Schulpflicht zur Bildungspflicht. Jeder, der das Schulsystem verlässt, soll die Grundfertigkeiten für ein gelungenes Leben mitnehmen.
- Sozialbetrug und Sozialmissbrauch konsequent mit folgenden Schwerpunkten bekämpfen:
 - o Sozialtourismus,
 - o E-Card-Missbrauch,
 - o Missbrauch der Rezeptgebührenbefreiungen,
 - o Sozialdumping,
 - o Unterhaltsvereitelung,
 - o vorsätzlich falsche Angaben oder Meldebetrug bei Sozial-/SV-Leistungen.

Unsere Ziele für freiwilliges Engagement und ehrenamtliche Tätigkeit:

- Stärkung des ehrenamtlichen Engagements in der Bürgergesellschaft.
- Freiwilligentätigkeit anerkennen, Anrechnung für vorgeschriebene Berufsausbildungen z.B. bei Blaulichtorganisationen oder in der verbandlichen Jugendarbeit.
- Freiwilliges Soziales Jahr, freiwilliges Umweltjahr und freiwilliger Auslandsdienst im Freiwilligengesetz weiterentwickeln, zum Europäischen Freiwilligendienst ermutigen.
- Versicherungsschutz für gefahrengeneigte ehrenamtliche Tätigkeiten sicherstellen, z.B. für Bergrettungsmitglieder, Freiwillige Feuerwehren.
- Weitere Unterstützung der alpinen Vereine im Rahmen der Förderprogramme für alpine Schutzhütten und das alpine Wegenetz.

Konsumenten: Schutz und Rechte.

Konsumentenschutz gewinnt in einer zunehmend komplexer werdenden Wirtschaftswelt an Bedeutung. Wir setzen uns für einen vernünftigen Schutz der Konsumenten vor unlauteren Praktiken der Anbieter ein, ohne dabei die Vertragsautonomie aus den Augen zu verlieren. Es braucht pragmatische Regeln, die auch in der Praxis bestehen, den Konsumenten nicht entmündigen, sondern wirksam schützen und den wirtschaftlichen Verkehr nicht über Gebühr beeinträchtigen.

In den vergangenen Jahren haben wir viel für Konsumenten erreicht: Durch die Senkung der Immobilienmaklerprovision haben wir den Wettbewerb am Mietmarkt angekurbelt und die Mieter direkt entlastet. Für alle unbefristeten und zwischen zwei und drei Jahre befristeten Verträge wurde die Provision um eine Monatsmiete gesenkt. Unser Rezept gegen überhöhte Treibstoffpreise ist Transparenz mit dem Spritpreisrechner und der Spritpreisverordnung, wonach Preise ab mittags nur mehr gesenkt werden dürfen.

„Konsumentenschutz heißt, dort eingreifen, wo es notwendig ist.“

Justizministerin
Dr. Beatrix Karl

Gegen unerbetene Werbeanrufe – das sogenannte Cold Calling – haben wir durchgesetzt, dass Verträge über Gewinnzusagen und Ähnliches, die im Zuge unerbetener Werbeanrufe geschlossen werden, keine Gültigkeit haben. Zusätzlich haben wir die Informations- und Rücktrittsrechte von Konsumenten bei Kreditverträgen gestärkt.

Ein vereintes Europa bringt auch einen besseren Schutz für Konsumenten: Österreichische Politiker waren maßgeblich daran beteiligt, als die Kosten für Mobiltelefonie und Datenroaming in der EU gesenkt wurden. Die Standards für Geld-Überweisungen innerhalb der EU wurden vereinheitlicht – sie dürfen nicht mehr kosten als eine Inlandsüberweisung – und erstmals gibt es eine Höchstfrist für die Überweisungsdauer. Konsumenten, die in der EU online einkaufen, haben in Zukunft 14 Arbeitstage ab Erhalt der Ware ein Widerrufsrecht. Verbesserungen gibt es auch im Reise- und Flugverkehr bei Verspätungen. Bei Pauschalreisen, die nicht dem Angebot entsprechen, haben Konsumentinnen und Konsumenten ein Recht auf Kompensation, Stornierung bzw. Sicherstellung der Heimreise. Und Fluggesellschaften, die eine Gefahr für die Sicherheit der Passagiere darstellen, dürfen in ganz Europa nicht mehr fliegen.

Unsere Maßnahmen für den Konsumentenschutz:

- Weiterentwicklung des Kompetenzzentrums gegen Internetbetrüger.
- Konsequente Bekämpfung des illegalen Glücksspiels.
- Stärkung der Fahrgastrechte in öffentlichen Verkehrsmitteln.
- Effektive Durchsetzung der gesetzlichen Bestimmungen zum Telefonbetrug und Cold Calling.
- Einrichtung einer Info-Hotline für aktuelle Betrugsfälle.
- Verfolgung und Bestrafung von kriminellen und illegalen Verkaufsfahrten.
- Rechtssicherheit im Internethandel/E-Commerce durch vollharmonisierte europäische Regeln.
- Transparenz bei Kontoführungsgebühren, Erleichterungen beim Kontowechsel und Grundrecht auf ein Bankkonto.
- Stärkung der Verbraucherrechte gegenüber Telefon-, Internet- und TV-Programm-Anbietern.

Für ein Österreich, das Heimat ist

Landwirtschaft: Politik für den ländlichen Raum.

Österreich ist reich an regionalen Köstlichkeiten. Die österreichischen Landwirtinnen und Landwirte sind seit jeher ein wichtiger Motor unserer Heimat. Sie sichern unsere Versorgung und bewahren unsere vielfältige Kulturlandschaft. Mit ihrer täglichen Arbeit tragen sie dazu bei, die Lebensqualität in Österreich auf einem hohen Niveau zu halten. Davon profitieren alle: Die ländlichen Regionen ebenso wie der städtische Raum. Die Erhaltung der flächendeckenden bäuerlichen Landwirtschaft, gestaltet von Familienbetrieben, ist für die Volkspartei ein grundsätzliches Ziel.

Unsere bäuerlichen Betriebe stehen für die Veredelung von heimischen Produkten und sind Vorreiter auf dem Gebiet der biologischen Erzeugung. Sie sind Experten für eine nachhaltige und qualitätsvolle Lebensmittelproduktion. Die hohe Qualität österreichischer Produkte zeichnet sich nicht zuletzt dadurch aus, dass sie auch international immer mehr nachgefragt werden. Um den Standard unserer heimischen Lebensmittel beizubehalten, gilt es, die flächendeckende, wettbewerbsfähige und ressourcenschonende land- und forstwirtschaftliche Produktion durch bäuerliche Familienbetriebe aufrechtzuerhalten. Eine produktive und wettbewerbsfähige bäuerliche Landwirtschaft sichert gemeinsam mit starken Verarbeitungsbetrieben in der Lebensmittelwirtschaft weltweit gefragte Produkte, Arbeitsplätze und Innovation. Wir wollen den erfolgreichen Weg Österreichs, mit der Landwirtschaft als Partner, fortführen.

„Die kleinbäuerliche Landwirtschaft garantiert, dass bei uns nur das Beste auf den Teller kommt.“

Bauernbund-Obmann
Jakob Auer

Die Land- und Forstwirtschaft ist heute auch ein entscheidender Wirtschaftsfaktor im ländlichen Raum. Sie schafft Arbeitsplätze und belebt dadurch unsere Regionen. Insgesamt bieten die Land- und Forstwirtschaft sowie die direkt vor- und nachgelagerten Bereiche in Österreich 530.000 Menschen Beschäftigung und erbringen eine Wertschöpfung von 9 Mrd. Euro. Die energetische Nutzung der Biomasse erspart uns 3,5 Mrd. Euro für den

Import fossiler Energie und soll weiter ausgebaut werden. Die Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit heimischer Betriebe und der Einkommen unserer Bäuerinnen und Bauern ist ein entscheidender Faktor für die Erhaltung der Produktion und der Bewirtschaftung des ländlichen Raums sowie der Alpen. Wir werden daher auch weiterhin Österreichs starke und einzige Stimme in Europa sein, wenn es um die Interessen der heimischen Bäuerinnen und Bauern sowie die Sicherung der Leistungsförderungen für die Betriebe geht.

Bildung und Forschung sind die wichtigsten Ressourcen für die Bewältigung neuer Herausforderungen. Um am Puls der Zeit zu bleiben, wollen wir insbesondere die agrarische Forschung in zukunftssträchtigen Bereichen wie nachhaltige Intensivierung, Anpassung an den Klimawandel und Erneuerbare Energien fördern.

„Unsere Bäuerinnen und Bauern sichern die Versorgung mit hochwertigen Lebensmitteln, leisten wertvolle Arbeit zum Natur- und Umweltschutz und bringen Wertschöpfung in den ländlichen Raum.“

Landwirtschaftsminister
Dipl.-Ing. Nikolaus Berlakovich

Europaweit nimmt Österreich heute eine Vorreiterrolle bei gentechnikfreien Lebensmitteln ein. Wir bekennen uns auch weiterhin zur gentechnikfreien Produktion und sehen darin eine Chance sowie ein Signal an die Konsumentinnen und Konsumenten,

dass Lebensmittel in Österreich nach höchsten Standards hergestellt werden. Wir halten überzeugt an unserem Selbstbestimmungsrecht fest.

Der ländliche Raum ist für uns vitaler Lebensraum, den wir auch in Zukunft erhalten wollen. Wir treten für einen fairen Ausgleich zwischen Stadt und Land ein, was die Ressourcenzuteilung, Investitionen in Infrastruktur und Verkehrsnetze, den Zugang zu Beschäftigung, Aus- und Weiterbildung und zur Informations- und Wissensgesellschaft betrifft. Die Nahversorgung mit Lebensmitteln und Produkten des täglichen Bedarfs muss auch in Zukunft gesichert werden. Wir sind offen für urbane Potenziale, die vor allem in gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und kulturellen Innovationen liegen. Dieser Ausgleich des gelebten Nebeneinanders von Innovation und Tradition macht den kulturellen Reichtum Österreichs aus.

Unsere Maßnahmen für die Landwirtschaft:

- Sicherung einer starken europäischen Landwirtschaftspolitik.
- Stärkung der ökologischen Nachhaltigkeit und ressourcenbewusster Produktionsweise bäuerlicher Betriebe.
- Sicherung der nationalen Kofinanzierungsmittel der Programme der ländlichen Entwicklung (Ausbildung, Umweltprogramm, Bergbauernprogramm und Investitionsprogramm) in der Höhe von 50% durch Bund und Länder.
- Anhebung der Buchführungsgrenze auf 700.000 Euro Umsatz – wie für Gewerbetreibende.
- Regionale Lebensmittelproduktion und Vermarktung fördern.
- Sichere und gesunde Lebensmittel (verlässliche Kennzeichnung, klare Produktionsvorschriften, wirksame Kontrollen).
- Stärkung der AMA-Gütezeichen als einzige gesetzliche Gütezeichen im Lebensmittelbereich.
- Stärkung des Marktauftritts bei Wein, Obst und Spezialkulturen im In- und Ausland.
- Diversifikation der Absatzmöglichkeiten und Stärkung der Position der bäuerlichen Anbieter.
- Schaffung klar nachvollziehbarer Herkunftsangaben auf europäischer Ebene.
- Geringere Kosten durch „bewusst Leben“: Maßnahmen gegen Lebensmittelverschwendung (Sensibilisierung).
- Förderung der Investitionsfähigkeit der landwirtschaftlichen Erzeugerorganisationen in Zusammenarbeit mit der Lebensmittelwirtschaft.
- Stärkung der inländischen Eiweißproduktion.
- Absicherung der Gentechnikfreiheit in Österreich durch wettbewerbsfähige Alternativen.
- Beibehaltung der modernisierten Einheitswerte in der Land- und Forstwirtschaft als Steuerbemessungsgrundlage.
- Sicherung der Produktionsgrundlage Boden.
- Förderung von Frauen als Betriebsleiterinnen auf unseren Höfen.
- Stärkung des ländlichen Raumes als Lebens-, Erholungs- und Wirtschaftsraum.
- Stärkung der Wettbewerbs- und Innovationsfähigkeit des ländlichen Raumes u.a. durch einzelbetriebliche Investitionsförderungen.

- Sicherstellung und Ausbau einer hochwertigen Gesundheitsversorgung und Pflege im ländlichen Raum.
- Diskriminierungsfreier Zugang für landwirtschaftliche Bewirtschaftungsorganisationen zu allen wettbewerbsrelevanten Förderungen.
- Ausbau des modernen Aus- und Weiterbildungsangebotes für Landwirte: Steigerung der Betriebsleiter und Betriebsleiterinnen mit Meisterprüfung und Matura um 20% bis 2020.
- Qualifikationsprogramme für die Jugend im ländlichen Raum.
- Forcierung der agrarischen Forschung in den Bereichen nachhaltige Intensivierung, Anpassung an den Klimawandel und Erneuerbarer Energien.

Umwelt und Klima: Die Bedürfnisse der Erde ernst nehmen.

Die Umwelt verlangt einen besonderen Schutz. Die Schönheit unserer Landschaft ist nicht nur Naherholungs- und Urlaubsraum für tausende Österreicherinnen und Österreicher, sie wird auch von ausländischen Gästen in hohem Ausmaß geschätzt, was die hohen Nächtigungszahlen im Tourismus bestätigen. Umweltschutz ist Standortpolitik und unsere Verantwortung für die nachfolgenden Generationen. Wir wollen ihnen ein Österreich hinterlassen, das auch für sie Lebensqualität bietet.

Wir leisten unseren Beitrag zum Klimaschutz und haben dafür ein Klimaschutzgesetz beschlossen, das den Klimaschutz in Österreich erstmals verbindlich macht. Bund, Länder und Gemeinden ziehen durch diese Innovation an einem Strang. International setzen wir uns für ein globales Klimaschutzabkommen unter Einbeziehung der USA, Chinas und der Schwellenländer ein. Gegen die Feinstaubbelastung haben wir ein Luft-Immissionsschutzgesetz beschlossen, das es den Landeshauptleuten erlaubt, direkte Maßnahmen bei den Verursachern zu setzen.

Die ÖVP schützt unser Wasser. Mit dem Nationalen Gewässerbewirtschaftungsplan halten wir unsere Seen und Flüsse sauber und sichern auch weiterhin sauberes Trinkwasser für alle Österreicherinnen und Österreicher. Und wir entscheiden selbst über unser Wasser, beim EU-Vertrag von Lissabon haben wir das Einstimmigkeitsprinzip bei der Ressource Wasser durchgesetzt, damit kann niemand gegen unseren Willen über unser Wasser verfügen.

Aufgrund seiner geographischen Lage wird Österreich immer wieder von schweren Naturkatastrophen wie zum Beispiel Hochwassern und Murenabgängen heimgesucht. Zuletzt standen im Frühsommer 2013 große Teile Tirols, Salzburgs, Oberösterreichs und Niederösterreichs unter Wasser. Die bisher erfolgten Maßnahmen im Hochwasserschutz haben dabei gute Wirkung gezeigt. Diesen Weg setzen wir konsequent fort und stellen mit dem Aktionsprogramm „Hochwassersicheres Österreich“ in den kommenden fünf Jahren 1 Mrd. Euro für den Ausbau des Hochwasserschutzes bereit.

„Nachhaltig handeln heißt, auch an übermorgen denken.“
Vizekanzler und Bundesparteiobmann
Dr. Michael Spindelegger

Unser Programm für eine saubere Umwelt und den Klimaschutz:

- Atomkraft ist keine sichere und nachhaltige Energieversorgung: konsequente Fortführung der Stresstests bei Atomkraftwerken.
- Sicherung der Wasserreserven Österreichs und der Versorgung mit gesundem Trinkwasser.
- Umstellung auf erneuerbare und gleichzeitig umweltfreundliche Heizsysteme.
- Fortführung der thermischen Sanierung.
- Ausbau der Klima- und Energiemodellregionen (bisher 1.100 Gemeinden mit 2 Mio. Menschen).
- Ausbau der Vorreiterrolle Österreichs bei Biotechnologien.
- Umwelt- und Klimaschutz als Jobmotor: plus 100.000 Green Jobs bis 2020 Aktionsprogramm „Hochwassersicheres Österreich“ mit 1 Mrd. Euro in den kommenden fünf Jahren.
- Forcierung der stofflichen Nutzung von biogenen Materialien zum Ersatz von Materialien aus fossilen Herkünften.
- Ausbau von Nutzungskaskaden (= Mehrfachnutzung) zur Steigerung der energetischen Effizienz.
- Geringere Energiekosten durch „bewusst Leben“: Sensibilisierung beim Energieverbrauch und Maßnahmen zum Energiesparen.
- Gesamtenergiebilanz nach Lebenszyklen von Gebäuden.

- Chance der zweiten Generation nutzen: Effizienzsteigerung der Biogasanlagen und Einleitung des Wandels beim Substrateinsatz.
- Schaffung von Rahmenbedingungen zur Einspeisung von Biomethan in das Erdgasnetz.
- Optimierung der Abwärmenutzung.
- Weiterentwicklung von Biotreibstoffen, Beibehaltung der Prioritäten: Teller, Trog, Tank und kaskadische Nutzung.
- Forcierung von Holz als Baustoff.
- Schaffung stabiler Rahmenbedingungen zur Förderung von Ressourceneffizienz und Wiederverwertung.
- Stärkung des Wettbewerbs in der Abfallwirtschaft.
- Klimaschutz: grenzüberschreitende Lösungen als Ziel, weltweit verbindliche Klimaschutzziele unter Einbeziehung der USA, Chinas und Indiens.
- Verstärkte Nutzung von Wertschöpfungspotenzialen alternativer Antriebe/ E-Mobilität in Österreich.

Wohnen: Erschwingliches Eigentum, bezahlbare Mieten.

Wer in unserem Land arbeitet und lebt, soll sich auch ein Haus oder eine Wohnung leisten können – weil Tatkraft und Fleiß sich auszahlen müssen. In den letzten Jahren sind die Preise für Wohnraum – sowohl bei Eigentum als auch bei Mieten – stark gestiegen. Der Spardruck der öffentlichen Hand, steigende Kosten für Grund und Boden, höhere Baukosten durch höhere technische Anforderungen, Veränderungen in der Gesellschaft und die Turbulenzen auf den Finanzmärkten sind die Ursachen, die im Zusammenwirken Wohnen in den letzten Jahren teurer gemacht haben. Die Wohnkostendynamik hat eine Dimension angenommen, durch die es auch für den Mittelstand kaum mehr angemessenen und leistbaren Wohnraum gibt. Die ÖVP hat ein Programm für leistbares Wohnen vorgelegt, mit dem 50.000 neue Wohnungen in der nächsten Gesetzgebungsperiode gebaut werden können.

Moderate Wohnkosten sind nicht nur für die Menschen selbst, sondern auch für unseren Wirtschaftsstandort wichtig. Dabei geht es aber nicht einfach um „billigeres Wohnen“ – wir verfolgen einen ganzheitlichen Ansatz:

Nachhaltigkeit und Mobilität, die Bedürfnisse jüngerer und älterer Generationen und Familien müssen gleichermaßen berücksichtigt werden. Leistbarkeit macht auch nur in Verschränkung mit anderen Zielen Sinn: Qualität des Wohnraums, Energieeffizienz, Innovation und eine leistungsfähige Bauwirtschaft. Es geht um eine langfristig sichere, für alle Bevölkerungsschichten leistbare Wohnversorgung. Wir wollen der Partner für die Menschen sein, die ihr Leben selbst in die Hand nehmen.

Mietpreisbeschränkungen schaffen keine einzige neue Wohnung und führen langfristig zu einem völligen Erlahmen des Wohnungsmarktes. Wir kennen das Ergebnis aus den 70er Jahren, als graue Fassaden das Stadtbild prägten und unsanierte Mietwohnungen der Standard waren. Wir wollen einen anderen Weg gehen, mit klugen Maßnahmen, die wenig kosten und dennoch viel bringen. Wir wollen mehr Angebot durch eine Mobilisierung des Wohnungsmarktes schaffen. Der Neubau soll intensiviert und die Baukosten geringer werden, ungenützte Kapazitäten sollen verwertet werden und jeder soll die Möglichkeit haben, sich durch Arbeit Eigentum zu schaffen.

*„Nichts schafft mehr Sicherheit
als die eigenen vier Wände.“*

ÖVP-Generalsekretär
Mag. Johannes Rauch

Dazu braucht es einen intelligenten Mix an Maßnahmen, wie ihn die ÖVP vorgestellt hat, der die gesamte Breite der Wohnbauwirtschaft miteinbezieht. Bedürfnisse des Ballungsraums und des ländlichen Raums müssen gleichwertig behandelt werden. Am Ende sorgt das für mehr privat genutzte Wohnungen, mehr Eigenheime und auch ein größeres Angebot an bezahlbaren Mieten.

Die Grundpfeiler unserer Wohnbaupolitik sind:

1. Schaffung von neuem Wohnraum.
2. Mobilisierung des Wohnungsmarktes.
3. Österreich zu einem Land der Haus- und Wohnungseigentümer machen.

Unser Programm für leistbares Wohnen:

- Förderung der Bautätigkeit gemeinnütziger Bauvereinigungen durch Anreize der Darlehensvergabe innerhalb des Sektors (Möglichkeit der reservekapitalmindernden Darlehensvergabe an andere gemeinnützige Bauvereinigungen).
- Mobilisierung von Kapital für den Wohnbau durch Verkürzung der steuerfreien Reservekapitalfrist von fünf auf drei Jahre im Körperschaftssteuergesetz.
- Absicherung der Wohnbauförderung über den Finanzausgleich.
- Schaffung einer Widmungskategorie „geförderter Wohnbau“.
- Bessere Nutzung bestehender Flächen durch Nachverdichtung.
- Senkung der Baukosten durch Deregulierung und Vereinheitlichung der Vorschriften.
- Faires Mietrecht: Ökologisierung des Mietrechts durch Zu- und Abschläge nach Energiebedarf der Wohneinheit. Transparente Darstellung der Zu- und Abschläge im Mietvertrag.
- Gerechtigkeit im Gemeindebau durch: öffentlich einsehbare Reihungslisten, Stopp der Gemeindebau-Zweitwohnung, regelmäßige Überprüfung der Vergabekriterien und gegebenenfalls Rückstellung der Wohnung, Anpassung der Mieten oder Kaufoption, Gleichstellung des Eintrittsrechts an Bestimmungen des Mietrechts.
- Erweiterung des Sanierungsschecks um die Kategorie „seniorengerechtes Wohnen“.
- Entwicklung und Förderung von Projekten für intergeneratives Wohnen.
- Eigentumsbildung für Junge erleichtern durch: Abschaffung der Grunderwerbsteuer und Grundbucheintragungsgebühr für die erste eigene Wohnung (Finanzierung über Veräußerung von Büroflächen von nicht öffentlichem Interesse).
- Sozialen Wohnbau für Jungfamilien öffnen.
- Entfall der Mietvertragsgebühr für unter 35-Jährige.
- Kasernenverkäufe für den Zweck des leistbaren Wohnens nutzen.
- Keine Eigentumssteuer, die Wohnen teurer macht.

Sport: Ausgleich und Antriebskraft.

Das ehrenamtliche Vereinswesen ist eine der Säulen der funktionierenden österreichischen Gesellschaft und des Sports in Österreich. Die Sportvereine leisten wertvolle Arbeit für unsere Jugend. Diese Säule muss in sich wandelnden Zeiten gestärkt werden. Dazu braucht es mehr Anreiz und Dank für ehrenamtliches Engagement, die öffentliche Anerkennung der Leistungen dieser bürgergesellschaftlichen Struktur und die inhaltliche und finanzielle Vernetzung mit Politikfeldern wie Gesundheitsförderung, Bildung und Integration.

In den jungen Jahren werden bei Menschen die Grundlagen für ihre spätere Entwicklung gelegt. Die Freude an der Bewegung, das Bewusstsein für die eigene Gesundheit und der Erwerb von vielfältigen sozialen Kompetenzen können ganz entscheidend über Sportangebote in Kindergärten und Schulen verankert werden. Die österreichischen Sportvereine können hier als Partner der Schulen und Kindergärten einen wesentlichen Beitrag liefern. Für derartige Bewegungsinitiativen und -programme sind rechtliche Rahmenbedingungen zu schaffen und eine ausreichende Finanzierung ist sicherzustellen.

*„Ob im Marathon oder im Leben:
Leistung zählt.“*

Staatssekretär
Dr. Reinhold Lopatka

Durch eine Bündelung der Kräfte von Bund und Ländern mit den Fachleuten des organisierten Sports in Österreich soll in einer gemeinsamen Planungsebene für Spitzensport („Austrian Olympic“) binnen fünf Jahren ein neuer Österreichischer Sportstättenplan und ein Netzwerk von Kompetenz-Sportzentren erarbeitet werden. Wir wollen eine Sportstätten-Offensive für Österreich und eine Optimierung der betreuungstechnischen Rahmenbedingungen (Sportwissenschaft, Trainerwesen etc.) für den heimischen (Spitzen-)Sport. In diesem Plan sind auch Synergien mit dem Breitensport darzustellen, um auch den Gesundheitsaspekt des Sports weiter zu stärken.

Sport kann von Menschen mit Behinderung aufgrund des dabei erhöhten Aktivitäts- und Betreuungsaufwandes oftmals nur mit spezieller Förderung betrieben werden. Die Ausbildung von körperlichen Fähigkeiten ermöglicht aber die sicherere Bewältigung von Alltagsanforderungen, fördert das

Selbstbewusstsein und erleichtert schließlich auch die soziale Integration. Die besonderen Bedürfnisse des Behindertensports sind daher in der Sportförderung finanziell ausreichend zu berücksichtigen, die strukturelle Eingliederung in den nicht-Behindertensport ist weiter zu forcieren.

Unsere Maßnahmen für den Sport:

- Optimierung der Rahmenbedingungen im Spitzensport.
- Gestaltung eines neuen Sportstättenplans für Österreich.
- Förderung des Breitensports: Sport und Bewegung zum Nutzen für die Gesellschaft.
- Den Sport als Partner der Schulen und Kindergärten verankern.
- Sicherstellung einer täglichen Bewegungseinheit in der Schule.
- Besondere Förderung des Mädchen- und Frauensports.
- Sportangebote für alle Generationen schaffen.
- Sport als Schlüssel für Integration stärker nutzen.
- Sicherstellung der ausreichenden Förderung des Behindertensports.

Für ein Österreich der Bildung, Forschung und Kultur

Bildung: Vielfalt. Chancen. Leistung.

Bildung und damit die Chancen unserer Kinder und Jugendlichen sind die zentrale Zukunftsfrage unserer Gesellschaft: Persönliche Entfaltung, beruflicher Aufstieg, das gesellschaftliche Zusammenleben, wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit und unser Wohlstand in einer globalisierten Welt sind wesentlich von Bildung und Ausbildung abhängig. Wir wollen allen Kindern die bestmöglichen Chancen für ihre Zukunft gewährleisten. Dazu braucht es ein durchlässiges Bildungssystem, in dem Leistung auch etwas wert ist. Fördern und fordern entsprechend dem individuellen Leistungsstand gehören hier ebenso dazu wie eine Differenzierung nach Leistung als sozialste Form der Differenzierung.

Die Stärke unseres Bildungssystems liegt in seiner Vielfalt. Österreich hat nicht zuletzt aufgrund seines zweigliedrigen Schulsystems eine der niedrigsten Jugendarbeitslosigkeitsraten in Europa und die niedrigste Quote bei Schulabbrechern. Wir wollen kein ideologisch motiviertes Bildungssystem, das Ergebnisgleichheit zum Ziel hat. Wir wollen ein Bildungssystem, das fordert und fördert, in dem Individualität, Kreativität und Leistung anerkannt werden und in dem auf die Interessen, Neigungen und Begabungen jeder einzelnen Schülerin bzw. jedes einzelnen Schülers eingegangen wird. Dazu gehört auch der Ausbau von Begabungsförderung. Wir brauchen den Mut zu Eliten.

„Über Bildung zu reden, heißt, über Zukunft zu reden.“

Vizekanzler und Bundesparteiobmann
Dr. Michael Spindelegger

Die Grundlage für einen erfolgreichen Bildungsweg wird bereits in frühen Jahren gelegt. Wir wollen Chancengerechtigkeit für alle Kinder und legen daher einen klaren Fokus auf den Spracherwerb. Denn wer die Sprache nicht beherrscht, fällt bereits zu Beginn des Bildungsweges zurück – ein Rückstand, der oft nur mehr schwer aufgeholt werden kann. Für die ÖVP ist der Kindergarten ein integrierter Teil im Bildungssystem – in Zukunft soll hier eine

verstärkte Zusammenarbeit zwischen Kindergarten und Volksschule gewährleistet sein. Der Kindergarten soll aber auch weiterhin der Ort sein, an dem Kinder einfach auch Kind sein können. Sprachkenntnisse, grundlegende motorische Fähigkeiten und Sozialverhalten werden im jungen Alter spielerisch gelernt und können bestmöglich bereits im Kindergarten vermittelt werden. Vor Schuleintritt muss die Sprachkompetenz so weit gefestigt sein, dass jedes Kind dem Unterricht folgen kann.

Unser differenziertes Bildungssystem bereitet unsere Schülerinnen und Schüler bestmöglich auf den weiteren Lebensweg vor. Gymnasium und Mittelschule sind zwei verschiedene Wege zum Ziel, den Kindern und Jugendlichen die bestmögliche Förderung garantieren zu können. Unser berufsbildendes Schulsystem, einer der Erfolgsfaktoren Österreichs im internationalen Wettbewerb, wollen wir weiter ausbauen und stärken.

Nach dem Grundsatz „kein Abschluss ohne Anschluss“ wollen wir die Durchlässigkeit innerhalb unseres Bildungssystems weiter verbessern. Dazu brauchen wir eine Weiterentwicklung der Bildungsstandards sowie eine Evaluierung der teilzentralen Reifeprüfung. Zusätzlich wollen wir mit einer Mittleren Reife für Schülerinnen und Schüler einen Kompetenznachweis, der auch von aufnehmenden Bildungseinrichtungen oder Arbeitgebern als ein wichtiges Instrument herangezogen werden kann.

Wir stehen zu einem umfassenden Angebot an Tagesbetreuung an unseren Schulen, sehen aber die Wahlfreiheit darüber, ob, wann und wie oft ein Kind Tagesbetreuung in Anspruch nimmt, bei den Familien. Um die Kinder ebenso wie ihre Eltern bestmöglich zu fördern und zu unterstützen, gilt es, qualitativ hochstehende und vor allem flexible Angebote zu machen – für alle, die sie in Anspruch nehmen wollen. Daher setzen wir uns für eine verpflichtende Bedarfserhebung der Schulen und ein möglichst flächendeckendes Angebot in ganz Österreich ein.

Neben der Vermittlung von Wissen stehen die Schulen vor der Herausforderung, auf viele gesellschaftliche Fragen eingehen zu müssen. Dazu gehören die Auseinandersetzung mit Religionen, Werten und Weltbildern, die Vermittlung von Politischer Bildung und Medienkompetenz, Bewegung und Gesundheitsbewusstsein und eine Stärkung der Wirtschafts- und Finanzkompetenz. Der Ruf nach eigenen Unterrichtsfächern greift dabei zu kurz, vielmehr ist zu prüfen, wie die Einbindung der Vermittlung derartiger Grundkompetenzen in den Schulalltag auch im Wege neuer Unterrichtsmethoden besser gelingen kann.

Wir wollen eine Schule, die Zukunft schafft, und dazu brauchen wir die besten Lehrerinnen und Lehrer und gleichzeitig Wertschätzung für ihre Leistung. Dafür braucht es Rahmenbedingungen, in denen die Lehrerinnen und Lehrer, befreit von Verwaltungsaufgaben, Zeit und Raum für individuelles Eingehen auf ihre Schülerinnen und Schüler haben. Im Sinne gelebter Schulpartnerschaft wollen wir autonome Entscheidungsmöglichkeiten und Schwerpunktsetzungen an den Schulen durch die Eltern, Schülerinnen und Schüler sowie Lehrerinnen und Lehrer vor Ort weiter ausbauen.

Schule kann viel leisten, aber die Erziehung durch die Eltern nicht ersetzen. Daher sind Eltern im Sinne einer Erziehungspartnerschaft verstärkt einzubeziehen. Es braucht aber auch etwa im Bereich der Gewaltprävention oder sozialer Herausforderungen fachliches Unterstützungspersonal, auf das sowohl Eltern als auch Lehrer zurückgreifen können.

Unser Bildungsweg für Österreich:

- Zweites Kindergartenjahr: Gratis für alle, verpflichtend für jene, die es brauchen.
- Sprachförderung neu: Deutsch vor Schuleintritt und Deutsch-Intensivvorbereitung für Quereinsteiger.
- Stärkung der Volksschule: Im Zentrum der Volksschule steht die Vermittlung der Kulturtechniken Lesen, Schreiben und Rechnen.
- Gymnasium und Mittelschule: Zwei Wege zum Ziel. Begabungsförderung und Kooperationsmöglichkeiten der Schulen mit Universitäten ausbauen.
- Kein Abschluss ohne Anschluss – Durchlässigkeit weiter fördern, verstärkte Orientierungshilfe an den Übergängen im Bildungssystem.
- Weitere Prioritäten im Unterricht setzen: Ethikunterricht für all jene, die keinen konfessionellen Religionsunterricht besuchen; Politische Bildung (Schwerpunkte Österreich und Europa) und Medienkompetenz stärken; Bewegung und Gesundheitsprävention einen neuen Stellenwert einräumen; Wirtschafts- und Finanzkompetenz stärken.
- Mittlere Reife am Ende der 9. Schulstufe als Kompetenznachweis für Schüler und damit als Instrument für weiterführende Bildungseinrichtungen und Arbeitgeber implementieren.
- Schulpartnerschaft und Schulautonomie stärken.

- Erfolgsmodell Berufsbildung ausbauen und Weiterbildung, etwa durch eine Berufsakademie, ermöglichen.
- Ausbau ganztägiger Betreuung: Flächendeckend, bedarfsorientiert und auf freiwilliger Basis.
- Schulen sind Häuser der Zukunft: Wir wollen die größte Schulbauoffensive der Zweiten Republik.
- Neues Lehrerdienstrecht für neueintretende Lehrerinnen und Lehrer.
- Einrichtung einer zentral verantwortlichen Stelle zur Umsetzung der Strategie „Lebensbegleitendes Lernen“.

Wissenschaft und Forschung: Ressourcen für die Zukunft.

Wissenschaft und Forschung sind Werte an sich, die als eine Triebfeder der gesellschaftlichen und kulturellen Weiterentwicklung unseres Landes wirken. Wir sind überzeugt: Wenn wir heute die richtigen Weichen stellen, können wir auch in Zukunft die Chancen der Wissensgesellschaft bestmöglich nutzen. Wissen bereichert den Einzelnen und die Gesellschaft mit geistigen Werten. Es ist aber auch ein entscheidender Faktor im internationalen Standortwettbewerb. Der Wohlstand von morgen wird immer mehr über die wissensbasierte Ökonomie abgesichert.

Universitäten und Hochschulen sind seit Jahrhunderten überaus wichtige und grundlegende Einrichtungen unserer Gesellschaft. Als Leitinstitutionen in einer wissensbasierten Wirtschaft wirken Universitäten standortbezogen nicht nur als stabilisierende wirtschaftliche „Anker“ einer Region – Universitäten wandern nicht ab –, sie sind ebenso „Anziehungspunkte“ für neue Ideen und Investitionen sowie „Transformatoren“ von Ideen hin zu Innovationen.

Die Zahl der Studienanfänger ist in den vergangenen Jahren kontinuierlich gestiegen. Es studieren heute nicht nur mehr Menschen, die Studierenden sind auch mobiler geworden und können in Studienaustauschprogrammen in aller Welt ihren Studien nachgehen. Der wissenschaftliche Nachwuchs nimmt über Förder- und Austauschprogramme an europäischen und internationalen Entwicklungen teil und hilft damit, den Wissensaustausch von und nach Österreich zu sichern.

Mit der Hochschulmilliarde haben wir gerade in budgetär herausfordernden Zeiten die Finanzierung der Fachhochschulen und Universitäten gesteigert – im Europavergleich am zweitstärksten. Wir wollen den privaten Anteil an der Universitätsfinanzierung erhöhen und schlagen dafür neben maßvollen Studienbeiträgen Finanzierungsinstrumente und Kooperationen mit Partnern aus der Wirtschaft vor. Wir treten konsequent für die Freiheit von Wissenschaft und Forschung ein und wollen die Autonomie der Universitäten – ein international beachtetes Erfolgsmodell, das die ÖVP-geführte Regierung verwirklicht hat – weiter ausbauen, etwa in Fragen der Studienbeiträge und Zugangsregelungen. Die Universitäten selbst sollen entscheiden, ob sie Studienbeiträge einheben und im Rahmen einer flächendeckenden Studienplatzfinanzierung durch Zugangsregeln eine hohe Studienqualität sichern.

Österreich hat in den vergangenen Jahren enorme Anstrengungen im Bereich Forschung und Entwicklung unternommen und ist am Weg zum „Innovation Leader“. Mit der FTI-Strategie des Bundes haben wir uns dieses Ziel gesetzt. Auch im Bereich der Forschungsfinanzierung sind wir gegen ein Gießkannenprinzip; als kleines Land mit begrenzten Ressourcen fördern wir Projekte gezielt und leistungsorientiert. Die Grundlagenforschung, Erkenntnisstreben ohne Blick auf unmittelbare Anwendungen, soll vom Staat ausreichend finanziert werden. Vor allem im Bereich der angewandten Forschung streben wir eine Erhöhung der Mittel durch private Forschungsfinanzierungen an. Unser Ziel ist die deutliche Anhebung der Forschungsquote.

*„Heute gilt aktueller denn je:
Der Drang nach Wissen ist
die Quelle menschlichen
Fortschritts.“*

Wissenschaftsminister
Univ.-Prof. Dr. Karlheinz Töchterle

Wir stehen dem Innovationspotenzial von Forschung und Entwicklung offen gegenüber, treten dabei jedoch für einen verantwortungsbewussten Umgang mit technischen Möglichkeiten in der Forschung und deren Anwendung ein. Die Würde des Menschen und das Recht auf Leben sind auch in der Forschung zu respektieren.

Unser Programm für Wissenschaft und Forschung:

- Studienplatzfinanzierung und fairer Unizugang, der sich an vorhandenen Lehrkapazitäten orientiert (transparente Zugangsregeln, Sicherung entsprechender Ressourcen).
- Erfolgsmodell Universitätsautonomie ausbauen (u.a. Bestellmodus für Uni-Räte ändern, generelle universitätsautonome Studienbeiträge).
- Beste Qualität und Rahmenbedingungen für Lehrende und Studierende (treffsichere Studienbeihilfe, leistbarer Studierendenkredit).
- Universitäre Standorte stärken und Profile schärfen: Weiterarbeit mit dem österreichischen Hochschulplan und der Hochschulkonferenz.
- Dauerhafte Absicherung von österreichischen Studienplätzen im Medizinstudium und in anderen Studien.
- Internationalität, Mobilität und Durchlässigkeit an Universitäten und Fachhochschulen fördern.
- Bachelor am Arbeitsmarkt etablieren, Anerkennung bei Rot-Weiß-Rot-Card.
- Private Finanzmittel im Hochschulbereich steigern: gezielte Anreize zur Erhöhung von Drittmitteln: Projektkooperationen, gemeinsam genutzte F&E-Infrastruktur, Mäzenatentum, Fundraising, Sponsoring; attraktive Rahmenbedingungen für private Finanzierungen (z.B. Stiftungsrecht).
- Fachhochschulen: Ausbau um 10.000 Studienplätze auf rund 50.000 Studienplätze.

Unser Programm für Forschung und Innovation:

- Langfristige Anhebung der Forschungsfinanzierung, insbesondere der Grundlagenforschung über alle Disziplinen hinweg, von naturwissenschaftlich-technisch bis geistes-, sozial- und kulturwissenschaftlich.
- Langfristiges Ziel: Forschungsquote von 6 % des BIP (Privatisierungserlöse in F&E investieren).
- FTI-Strategie mit ausreichenden Mitteln versehen und konsequent umsetzen.
- Mehr gemeinsame Innovationskraft: Brücken und Wissenstransfer(-zentren) zwischen Grundlagenforschung, angewandter Forschung und Wirtschaft stärken, um Innovationsprozesse zu beschleunigen; Forschungscluster ausbauen.
- Infrastrukturprogramm für die Forschung.

- Weniger Bürokratie bei Forschungsförderung: Synergien steigern und Doppelgleisigkeiten vermeiden durch die Bündelung der Forschungsagenden.
- Entwicklung eines österreichischen Forschungsraumes – Koordination der Forschung von den Gemeinden über Bundesländer und den Bund bis hin zu EU-Programmen.
- Talente wecken, Karrierewege ermöglichen, Nachwuchsforscher fördern.
- Ausweitung des Innovationsbegriffes auf nicht forschungsbasierte Innovation (z.B. Kreativwirtschaft, Dienstleistungssektor).
- Neugier und Interesse wecken: Beteiligung der Bevölkerung an und Kommunikation von Forschung verbessern.
- Österreich verstärkt als starken internationalen Forschungspartner im Europäischen Forschungsraum und darüber hinaus positionieren.
- Humanforschungs-Gesetz: gesetzliche Absicherung in ethisch-sensiblen Themenbereichen.

Kunst und Kultur: Vielfalt und Freiheit.

Österreich ist reich an Kunst und Kultur und wir können mit Stolz auf die großen Leistungen unserer Kulturschaffenden blicken. Wir haben nicht nur ein reichhaltiges kulturelles Erbe, sondern auch eine rege Kunstszenen in der Gegenwart. Ob in der bildenden Kunst, in der Literatur oder der Musik, in der darstellenden Kunst oder in der Architektur: Österreich war und ist Kulturland und das soll auch in Zukunft so sein.

*„Kunst und Kultur heißt:
Traditionen bewahren und
Neues entdecken.“*

Vizekanzler und Bundesparteiobmann
Dr. Michael Spindelegger

Wir wollen, dass jede und jeder in Österreich Zugang zu Kunst und Kultur hat. Gerade junge Menschen sollen für Kunst und Kultur begeistert werden – denn Inspiration ist die Triebfeder für Kreativität. Die Aufgabe der Politik sehen wir darin, der Kunst die notwendigen Mittel und besten Rahmenbedingungen zur Verfügung zu stellen, damit sie sich frei und offen entfalten kann. Offenheit, Freiheit und Förderung sind drei Säulen guter Kulturpolitik.

Ein Thema, das zunehmend ins Blickfeld einer breiten Öffentlichkeit gerät, ist der Schutz des geistigen Eigentums. Die digitale Revolution der neuen Medien hat zu unzähligen neuen Zugängen zu geschützten Inhalten geführt. Das Urheberrecht hat mit dieser Entwicklung nicht Schritt halten können. Deshalb tritt die ÖVP für die Novellierung und Modernisierung des Urheberrechts ein, um den Schutz des geistigen Eigentums an die Gegebenheiten der heutigen Zeit anzupassen. Denn es ist wichtig, das Bewusstsein für den Wert kreativer Leistung zu schärfen.

Ein wesentliches Anliegen ist uns auch die Bewahrung und Förderung der regionalen Vielfalt in der Kultur unseres Landes. Die Regionen sind Impulsgeber und Zentren künstlerischen und kulturellen Schaffens. Als solche wollen wir sie stärken und weiter fördern. Gleichzeitig gilt es auch, der internationalen Positionierung der österreichischen Kulturlandschaft besonderes Augenmerk zu widmen.

Unsere Ziele für Kunst und Kultur in Österreich:

- Gesetzliche Verankerung des Film-/Fernseh-Abkommens.
- Gesetzliche Verankerung des Fördermodells „Filmstandort Austria“ (FISA), um für mehr Planungssicherheit zu sorgen.
- Forcierung der Verwertungsförderung im Online-Filmbereich.
- Anerkennung und öffentliche Bewusstseins-schaffung für die heimischen Filmfestivals.
- Steigerung der Verwertung und Verbreitung österreichischer Musikproduktionen.
- Weiterer Ausbau der Unterstützung für Innovationen der Kreativwirtschaft, die sich in den letzten Jahren zu einem bedeutenden Erfolgsfaktor auch für den Wirtschaftsstandort Österreich entwickelt hat.
- Novellierung und Modernisierung des Urheberrechts, um Rechtssicherheit und einen fairen Interessensausgleich zwischen den Nutzern und den Herstellern von geistigem Eigentum zu schaffen.
- Absicherung und nachhaltige internationale Positionierung der österreichischen Bundestheater und Bundesmuseen sowie der Österreichischen Nationalbibliothek.

- Belebung des österreichischen Kunstmarktes und der österreichischen Kulturinstitutionen durch die Ermöglichung der steuerlichen Absetzbarkeit von Kunstsponsoring sowie steuerlichen Begünstigung von Zuwendungen an Kultureinrichtungen.
- Wahrnehmung der Baukultur als umfassendes Anliegen mit Qualitätsanspruch: Schaffung sozialer, ökonomischer, ökologischer und kultureller Rahmenbedingungen für ein lebenswertes Umfeld.
- Stärkung des kulturellen Lebens in den einzelnen Regionen über den Ausbau der Förderung regionaler Kulturinitiativen.

Für ein gutes Zusammenleben in Österreich

Integration und Werte: Regeln fürs Zusammenleben.

Mit der Schaffung des Staatssekretariats für Integration haben wir in Österreich eine neue Kultur des Dialogs entwickelt. Die Diskussion über Menschen mit Migrationshintergrund war lange beherrscht von realitätsfernen Forderungen

linker Träumer und von teils fremdenfeindlichen Parolen rechter Hetzer. Als Partei der politischen Mitte erteilt die ÖVP allen radikalen Positionen eine klare Absage. Wir haben die Diskussion versachlicht und dorthin gebracht, wo sie hingehört: in die Mitte der Gesellschaft. Integration ist ein Thema, das uns alle betrifft, ein

*„Trotz vieler Unterschiede
bauen wir auf einem
gemeinsamen Fundament:
unseren Werten.“*

Staatssekretär
Sebastian Kurz

Geben und Nehmen zwischen Menschen mit Migrationshintergrund und jenen, die Österreich schon länger ihre Heimat nennen. Dazu braucht es auf der einen Seite eine Willkommenskultur in Österreich und auf der anderen Seite die Bereitschaft der Zugewanderten, sich integrieren zu wollen.

Zusammenleben erfordert Regeln. Wir sind überzeugt, dass wir auch weiterhin friedlich zusammenleben können, wenn wir uns an gemeinsame Spielregeln halten. Unsere Werte sollen dabei als Richtschnur gelten: Respekt vor der Würde des Menschen, das Recht auf Selbstbestimmung, Freiheit in Verantwortung und Selbstdisziplin, Verantwortung auch für andere zu übernehmen und die Gleichwertigkeit der Menschen in ihrer Vielfalt als Grundlage für Gerechtigkeit zu achten. Zusammenleben erfordert auch zusammenhalten – ohne Gemeinwohl verliert eine Gesellschaft ihr menschliches Gesicht.

Das ehrenamtliche Engagement ist ein wichtiger Faktor für Integration. Die ÖVP hat sich dafür eingesetzt, dass Menschen mit Migrationshintergrund bei allen Freiwilligen Feuerwehren aufgenommen werden. Sich einzubringen und der Fortschritt der Integration spielen in Zukunft auch bei der Verleihung der Staatsbürgerschaft eine Rolle. Wer ausgezeichnet integriert ist und weitere Kriterien erfüllt, kann sie bereits nach sechs Jahren beantragen. Integration durch Leistung und nicht durch Absitzen einer bestimmten Zeit.

Ein friedliches Zusammenleben zu sichern erfordert es auch, einzugreifen, wenn Grenzen überschritten werden. Toleranz darf nicht als Ignoranz gegenüber bestehenden Problemen verstanden werden und kennt dort ihre Grenzen, wo sich andere ihrerseits intolerant und rücksichtslos verhalten. Wir werden sicher keine Parallelgesellschaften und Gewalt gegen Frauen tolerieren, nur weil sich manche auf vermeintlich religiöse Regeln berufen.

Respekt braucht es nicht nur vor den Menschen, sondern auch vor dem Eigentum, das sich die Menschen in harter Arbeit geschaffen haben. Eigentum gibt Sicherheit und beugt für spätere Zeiten vor. Es stärkt die Verantwortung und verpflichtet gleichzeitig gegenüber den Mitmenschen. Eigentum stärkt die Mitte gegenüber totalitären Tendenzen und ist die Grundlage für Solidarität. Es ist kein Zufall, dass es eine freie und solidarische Gesellschaft ohne privates Eigentum noch nicht gegeben hat. Wer das Eigentum der Menschen in Frage stellt, endet in einer Gesellschaft, die wir nicht wollen. Wir wollen, dass Österreich ein Land der Eigentümer wird, daher wollen wir die Eigentumbildung fördern und nicht Eigentum schlechtmachen. Kein Schwacher wird stärker, wenn ein paar Starke schwächer werden. Wir brauchen Starke, um Schwache stärken zu können. Die ÖVP ist nicht die Partei der „Reichen“. Nur anders als andere Parteien brauchen wir keine Feindbilder, um Politik zu machen. In einer Neidgesellschaft sind am Ende alle schwach.

Unser Programm für gelungene Integration:

- Integration durch Leistung: Wir fragen nicht, woher jemand kommt, sondern ob jemand bereit ist, sich einzubringen.
- Sprachförderung Neu: Deutsch vor Schuleintritt, Vorschulklassen, Crashkurse für Quereinsteiger.
- 2. Kindergartenjahr: gratis für alle, verpflichtend für jene mit Deutschdefiziten.
- Verpflichtender Ethikunterricht bei Abmeldung vom Religionsunterricht.
- Umdenken im Schulsystem: von der Schulpflicht zur Bildungspflicht. Jeder, der das Schulsystem verlässt, soll die Grundfertigkeiten für ein gelungenes Leben mitnehmen.
- Integration und Werte: Rot-Weiß-Rot-Fibel.
- Leichter Zugang zur Rot-Weiß-Rot-Card, Schaffung einer Willkommenskultur.
- Stärkung des ehrenamtlichen Engagements von Menschen mit Migrationshintergrund in der Bürgergesellschaft.

Demokratie: Mehr Mitbestimmung und mehr direkte Demokratie.

Rechtsstaatlichkeit und Gewaltenteilung, Gleichheit vor dem Gesetz, die Wahrung und Einhaltung der Grund- und Menschenrechte sowie die Teilhabe der Bevölkerung an politischen Prozessen und das Prinzip der repräsentativen Demokratie sind unverzichtbare Errungenschaften unserer Republik. Es gilt, Interesse für Politik und demokratiepolitische Zusammenhänge wieder stärker zu wecken, die Bevölkerung wieder näher an die Entscheidungsprozesse heranzuführen und damit auch die Wertschätzung für Demokratie greifbar zu machen. Die ÖVP schlägt daher die Ausweitung der Instrumente direkter Demokratie und eine Stärkung des Persönlichkeitswahlrechts vor.

Wir wollen die Mitwirkungsrechte der Bürgerinnen und Bürger weiter stärken, Politik und Bevölkerung durch eine verbesserte Persönlichkeitswahl und den Ausbau der Instrumente direkter Demokratie näher aneinander führen und die Mitbestimmungsrechte mittels des Einsatzes von Internet und neuen Medien (z.B. Stärkung von elektronischen Sammelsystemen, „Open Data“) weiterentwickeln. Das langfristige Ziel soll die Einführung von E-Voting sein, sobald die verfassungsrechtlichen und technischen Fragestellungen geklärt sind.

Für eine stärkere Personalisierung des Wahlrechts wurden die Hürden für das Vorrücken im Regional- und Landeswahlkreis bereits gesenkt, auf der Bundesebene wurde die Möglichkeit der Abgabe einer Vorzugsstimme geschaffen. Ein modernes Wahlrecht soll gewährleisten, dass Kandidatinnen und Kandidaten direkt gewählt werden können: Wir wollen sicherstellen, dass die Mehrheit der Abgeordneten im Nationalrat unmittelbar in den Wahlkreisen durch die Bürgerinnen und Bürger direkt gewählt werden.

„Bei der Reform der Demokratie gehen wir den Weg von der Beteiligung zur Mitbestimmung.“

Vizekanzler und Bundesparteibeamter
Dr. Michael Spindelegger

Wir wollen Volksbegehren zu einem wirkungsvollen Instrument der Bürgerbeteiligung ausbauen: Wenn ein Volksbegehren von mehr als 10% der Wahlberechtigten unterstützt wurde, durchläuft es in Zukunft ein ausführliches parlamentarisches Verfahren, bei dem auch den Initiatoren des Volksbegehrens eine wichtigere Stellung als bisher zukommt. Wenn das Volksbegehren bereits in Gesetzesform an den Nationalrat herangetragen wurde und ausreichend unterstützt ist, ist außerdem eine umfassende Begutachtung vorgesehen. Falls der Nationalrat

das Volksbegehren allerdings nicht umsetzt, soll eine verpflichtende Volksbefragung stattfinden. In diesem Fall hat der Nationalrat die Möglichkeit, einen Gegenvorschlag zu erstellen, der ebenfalls der Volksbefragung unterzogen wird, sodass die Wahlberechtigten zwischen den beiden Vorschlägen (Volksbegehren und Gegenvorschlag des NR) entscheiden können. Bereiche, die von diesem Verfahren ausgeschlossen bleiben, müssen noch geprüft werden. Auch die Europäische Bürgerinitiative soll langfristig zu einer echten Gesetzesinitiative ausgebaut werden.

Politiker sollen nicht nur der höchsten moralischen Ansprüchen genügen, sie sollen auch eine Vorbildfunktion einnehmen. Dem wollen wir durch strengere Regelungen zum Mandats- und Amtsverlust Rechnung tragen. Die Bestimmungen zum Amts- bzw. Mandatsverlust sollen verschärft und der Anwendungsbereich ausgeweitet werden. Konkret wollen wir: Wer rechtskräftig strafgerichtlich wegen einer Vorsatztat verurteilt wird oder während der Amtsführung gegen die Bundesverfassung verstößt und nicht freiwillig zurücktritt, dem soll sein Amt bzw. Mandat vom Verfassungsgerichtshof aberkannt werden.

Unsere Vorschläge für die Demokratiereform:

- Ausbau der direkten Demokratie
 - Verbindlicher Umgang mit Volksbegehren: Umsetzung des Begehrens durch das Parlament oder Abhaltung einer Volksbefragung,
 - Aufwertung der parlamentarischen Behandlung von Volksbegehren,
 - Schaffung des neuen Instruments der Bürgeranfrage,
 - Bürgerbeteiligung über Internet, Internet-Unterstützung für Volksbegehren, Bürgerinitiativen und Bürgeranfragen, Möglichkeit von Online-sammelstellen.
- Bürgersonntage: Volksabstimmungen und Volksbefragungen sollen künftig an bestimmten Sonntagen im Jahr stattfinden.
- Verpflichtendes Regierungshearing im Parlament vor der Angelobung.
- Schaffung einer zentralen Wähler evidenz.
- Stärkung des Persönlichkeitswahlrechtes; mehr unmittelbar gewählte Mandatäre aus den Regionalwahlkreisen.
- Informations- und Transparenzgesetz: Gläserner Staat statt gläserne Bürgerinnen und Bürger.

- Ein lebendiges Parlament: Impulse für einen neuen Parlamentarismus, der die tägliche parlamentarische Arbeit attraktiver und aktueller gestaltet.
- Strengere Regeln zum Mandats- und Amtsverlust von Politikerinnen und Politikern.
- Europäische Bürgerinitiative als echte Gesetzgebungsinitiative auf europäischer Ebene.
- Prüfung eines direkten Mitspracherechts bei der Besetzung bestimmter europäischer Spitzenfunktionen zur Stärkung der europäischen Identität.

Medien: Vielfalt und Unabhängigkeit.

Ein demokratischer Rechtsstaat fußt auf Grundrechten wie der Meinungs- und Informationsfreiheit. Medien erfüllen als sogenannte vierte Gewalt im Staat eine wichtige Aufgabe in unserer Demokratie. Demokratische Öffentlichkeit ist unabdingbar verbunden mit einer pluralistischen, freien und unabhängigen Medienlandschaft, welche die Bürgerinnen und Bürger angemessen über gesellschaftliche und politische Vorgänge informiert und damit eine wichtige Grundlage für den demokratischen Diskurs schafft.

„Unabhängige Medien sind Fundamente der liberalen Demokratie – der Erhalt der Unabhängigkeit und Vielfalt von Medien ist eine Aufgabe der Medienpolitik.“

Klubobmann
Karlheinz Kopf

Unerlässlich dafür, dass die Medien ihre Rolle im demokratischen Gesamtgefüge wahrnehmen können, ist die Garantie, frei und unabhängig

von staatlichen Einflüssen arbeiten zu können. Vorrangige Aufgabe einer bürgerlichen Medienpolitik ist es daher, im Sinne gelebter Meinungsfreiheit, Vielfalt in der Medienlandschaft zu sichern und qualitativ hochwertige Berichterstattung zu ermöglichen. Für den Bereich des Rundfunks bedeutet dies insbesondere ein Bekenntnis zu einem dualen System mit einem hinsichtlich seiner Leistungen klar definierten öffentlich-rechtlichen Rundfunk und vielfältigen privaten Anbietern.

Aufgrund des fortschreitenden Wandels von Medienlandschaft und Medientechnologien muss auch Medienpolitik völlig neu gedacht werden. Waren bis vor wenigen Jahren die beiden Säulen Print und Rundfunk allein maßgeblich, ist die „Mediengesellschaft“ heute mit wesentlich vielfältigeren neuen Medien jenseits der klassischen Massenmedien und mit einer Vielzahl neuartiger Nutzungsgeräte konfrontiert (z.B. Smartphones, Tablets, „Apps“). Neue Formen und Foren für Information und Unterhaltung stehen zu „traditionellen“ Medien in teils konkurrierenden, teils komplementären Verhältnissen. Die dadurch zunehmende Vielfalt der Angebote bringt eine Vielzahl von Chancen mit sich, die wir für die Zukunft von Demokratie und Gesellschaft nützen wollen. Raschere Information über weltweite Ereignisse, mehr Information über Regionales und mehr Interaktion zwischen Medienproduzenten und Mediennutzern sind nur Beispiele für die Potenziale der neuen Medienangebote.

Angesichts dieses Wandels ist es notwendig, bisherige Instrumente der Medienpolitik im Bereich der Qualitätssicherung und Förderung neu zu überdenken und den geänderten Erfordernisse und Ansprüchen von Konsumenten und „Medienmachern“ anzupassen.

Unsere Vorschläge für Medienvielfalt und Unabhängigkeit:

- Grundsatz unserer Medienpolitik ist die Sicherung der Vielfalt, Qualität und Unabhängigkeit der Medien.
- Schwerpunkte für eine Presseförderung Neu:
 - o Qualitätskriterien forcieren,
 - o Stärkung der regionalen Vielfalt,
 - o Förderung der Lesekompetenz für Schüler,
 - o Förderung von Online-Qualitätscontent,
 - o Stärkung der Ausbildung für Journalisten.
- Aufwertung der Selbstregulierung im Rahmen des Presserates.
- Stärkung der Grundsätze für die publizistische Arbeit nach dem Vorbild des Ehrenkodex des Presserates.
- Schutz des geistigen Eigentums durch Reform des Urheberrechts.
- Lösungen zum Schutz des „Contents“ für österreichische Verleger aufgrund der Dominanz und Geschäftstätigkeiten global tätiger Medienunternehmen.

- Sicherung des Wettbewerbs in einem dualen Rundfunksystem.
- Vorbereitung des ORF für das trimediale Zeitalter mit einer verstärkten öffentlich-rechtlichen Programmkomponente.
- Umsetzung von Effizienzsteigerungen und Strukturanpassungen im ORF.
- Unterstützung der privaten Rundfunkunternehmen durch weitere Liberalisierungs- und Entbürokratisierungsschritte z.B. im AMD-G und im PrR-G.
- Bill of Rights im Internet – Festschreiben der Rechte der Bürger im Internet.
- Gesetzliche Regelung zu Netzneutralität im internationalen Gleichklang.

Für eine starke Stimme in Europa und der Welt

Europa: Vereint, sicher und stark.

Die beste Perspektive für Österreich ist ein starkes Europa. Die Europäische Union garantiert uns Frieden und Stabilität, fördert Wachstum und bringt uns Wohlstand. Die ÖVP will Europa und die EU tatkräftig mitgestalten und so für die Bürger Österreichs eine sichere Zukunft in einem geeinten Europa gewährleisten.

Die Europäische Union hat sich seit ihrer Gründung vom erfolgreichen Friedensprojekt zu einem globalen Akteur entwickelt. Friede, Stabilität, der damit verbundene Wohlstand und die Werte der Union müssen auch auf unsere erweiterte Nachbarschaft ausgedehnt werden. Darum tritt die ÖVP für eine Fortsetzung des Erweiterungsprozesses und die Heranführung der Westbalkan-Länder an die EU ein. Österreich hat von den letzten EU-Erweiterungen sowohl politisch als auch wirtschaftlich profitiert. Der EU-Beitritt Kroatiens ist nicht zuletzt auch ein Erfolg der von der ÖVP getragenen österreichischen Europapolitik. Diesen Weg wollen wir konsequent auf Basis solider Kriterien weitergehen. Die Europäische Union muss aber auch nach außen hin handlungsfähig und stark werden, um auch international mit großen Wirtschaftsräumen der Welt konkurrenzfähig zu bleiben.

*„Europa ist mehr als ein Kontinent –
Europa ist unsere Zukunft.“*

Vizepräsident des Europäischen
Parlaments Mag. Othmar Karas

Neben der Ausweitung der EU ist auch eine Vertiefung der Integration unser klares Ziel. Nachdem die Finanz- und Wirtschaftskrise die Länder Europas und unsere Währung, den Euro, stark unter Druck gesetzt und das Vertrauen der Menschen in Europa auf eine harte Probe gestellt hat, gilt es nach den Jahren des Krisenmanagements, den Blick wieder nach vorne zu richten und Europa auf neuen Kurs zu setzen. Die EU muss wieder an Wettbewerbsfähigkeit gewinnen, um global weiterhin eine führende Rolle zu spielen. Daher tritt die ÖVP für stärkere Investitionen in Forschung, Entwicklung und Innovation und eine europaweite Förderung von KMU ein, die das Rückgrat der europäischen Wirtschaft bilden. Die ÖVP steht dazu, die Förderinstrumente der EU kohärenter und mit Blick auf die Strategie Europa 2020 zu gestalten und

diese als Investitionen in Wachstum und Beschäftigung weiterzuentwickeln. Wettbewerbsfähigkeit und Wirtschaftswachstum sind auch notwendig, um das weltweit einzigartige Lebensmodell Europa aufrechterhalten und finanzieren zu können. Die höchsten Standards an Grund- und Menschenrechten, Sozial- und Gesundheitsvorsorge sowie umfassender Konsumentenschutz gehören zu den Grundpfeilern der europäischen Gesellschaft. Darauf sind wir stolz, das gilt es, zu erhalten.

Die EU muss sich auch im Bereich demokratischer Legitimität weiterentwickeln, die Bürgerinnen und Bürger verstärkt einbeziehen und über europäische Entwicklungen permanent informieren. Wir wollen das Vertrauen der Menschen in Europa wiedergewinnen. Die ÖVP wird sich engagieren, dass Mitbestimmung und Teilhabe der europäischen Bevölkerung an den Entscheidungsprozessen der EU ausgebaut werden. Die Prüfung eines direkten Mitspracherechts bei der Besetzung bestimmter europäischer Spitzenfunktionen ist eine Möglichkeit, die Bürgerinnen und Bürger mehr einzubeziehen. Auch die nationalen Parlamente und Mitgliedstaaten sind direkt legitimiert, darum müssen sie ebenso eine aktive Rolle im europäischen Rechtssetzungsprozess spielen. Vernetzung und Zusammenarbeit mit anderen Parlamenten und auch dem Europäischen Parlament ist uns darum sehr wichtig.

Um nicht die Zukunft der jungen Generation zu verspielen, tritt die ÖVP dafür ein, dass die nachhaltige Entschuldung der Mitgliedstaaten der EU konsequent fortgesetzt wird.

Aufbauend auf den Errungenschaften des Binnenmarktes und seinen „Vier Freiheiten“, möchten wir die „Vier Sicherheiten“ entwickeln:

- Stabilität – vor allem in Bezug auf Wirtschaft und Währung,
- Wachstum – durch einen dynamischen Wirtschafts- und Arbeitsraum,
- Nachhaltigkeit – durch einen verantwortungsvollen Umgang mit der Natur,
- Frieden – durch eine starke EU, die ihre Bürger schützt und ihnen Frieden garantiert.

Als ÖVP wollen wir den Bürgerinnen und Bürgern Europas diese Sicherheiten garantieren, denn die Menschen müssen sich auf Europa verlassen können.

Unser Konzept für das vereinte Europa:

- Zentrale Rolle eines EU-Konvents bei zukünftigen Weiterentwicklungen des europäischen Einigungswerkes und möglichen Anpassungen der EU-Verträge.
- Ausbau der demokratischen Legitimität (Europäisches Parlament) und stärkere Einbindung der Bürgerinnen und Bürger.
- Prüfung eines direkten Mitspracherechts bei der Besetzung bestimmter europäischer Spitzenfunktionen zur Stärkung der europäischen Identität.
- Europäische Bürgerinitiative als echte Gesetzgebungsinitiative auf europäischer Ebene.
- Subsidiarität und Rolle der nationalen Parlamente stärken.
- Europa dort stärken, wo Entscheidungen sinnvollerweise auf europäischer Ebene getroffen werden, aber auch „entrümpeln“, wo wir auf nationaler Ebene bessere Lösungen finden.
- Bessere Qualität der Rechtsdurchsetzung, weniger Bürokratie, mehr Effizienz bei den Entscheidungen auf EU-Ebene.
- Weiterentwicklung im Wirtschafts- und Währungsbereich, Förderung der Wettbewerbsfähigkeit. Stärkung der Kompetenz der Kommission, v.a. des Währungskommissars.
- Reformprogramme statt Vergemeinschaftung der Schulden.
- Umsetzung der europäischen Bankenaufsicht.
- Finanztransaktionssteuer umsetzen und weitere Mitgliedstaaten dafür gewinnen.
- Nutzung des Binnenmarktes für Österreichs Unternehmen weiter ausbauen und Hürden beseitigen.
- EU-Förderungen unbürokratisch und KMU-freundlich gestalten.
- Aktive Mitgestaltung der EU-Donauraumstrategie und Einsatz für eine zukünftige EU-Alpenstrategie, um die österreichische Wirtschaft noch besser an neue Märkte anzubinden und um die Zusammenarbeit im Alpenraum in den Bereichen Wirtschaft, Umwelt und Tourismus auszubauen.
- EU-Beitritt aller Westbalkanländer bis 2025.
- Maßgeschneiderte Partnerschaft für die Türkei.
- Vertiefung der Zusammenarbeit mit anderen großen Wirtschaftsräumen.

- Erhaltung der hohen österreichischen Produktions- und Lebensmittelstandards bei internationalen Freihandelsabkommen sicherstellen.
- Weiterentwicklung der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP).
- EU-Außenhilfe für österreichische Firmen besser nützen.
- Re-Industrialisierung Europas unterstützen und Investitionen in Schlüsseltechnologien fördern. Prinzip der „smart specialisation“ vorantreiben.
- Europäische Lösungen bei der Energie- und Rohstoffversorgung stärker forcieren.
- Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger durch mehr EU-Information und Kommunikation stärken.
- Ausbau des Netzwerkes der Europa-Gemeinderäte, um so Europa unmittelbar in allen Gemeinden sichtbar zu machen und direkte Ansprechpartner zu haben.
- Jugend in Europa: Ziel, dass jeder junge Österreicher einen Teil seiner Ausbildung im Ausland absolviert.
- Unterstützung für interessierte Bürgerinnen und Bürger durch Praktika, Studienaufenthalte und Exkursionen zu den Institutionen nach Brüssel sowie Vermittlung von Europa und der Europäischen Integration an Österreichs Schulen.

Internationales: Die Welt mitgestalten. Österreich global positionieren.

Österreich auch in Zukunft als verlässlichen, neutralen und solidarischen Partner, als ein modernes und vielfältiges Land und als Heimat kreativer und innovativer Menschen in der Welt zu positionieren, ist unser wesentliches außenpolitisches Anliegen. Die Sicherung von Frieden, Stabilität und Wohlstand in unserer Nachbarschaft muss dabei ein vordringliches Ziel sein. Die Vertiefung der politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen zu den unmittelbaren Nachbarn ist eine Kernaufgabe der Außenpolitik. In diesem Zusammenhang bekennen wir uns zur besonderen Rolle und Verantwortung Österreichs für Südtirol.

Österreichs pro-aktives Engagement am Westbalkan trägt die Handschrift der ÖVP. Wir treten daher mit Nachdruck für die Fortsetzung des Erweiterungsprozesses ein. Darüber hinaus zählen der Donauraum und die Schwarzmeerregion sowie die südliche Nachbarschaft Europas zu jenen Räumen, die für Österreich aus sicherheitspolitischer und wirtschaftlicher Sicht immer mehr an Bedeutung gewinnen.

Als Wirtschaftspartei tritt die ÖVP für eine starke Außenwirtschaftspolitik ein. Schwellenländer wie Brasilien und Indien, aber auch Russland, China und die Türkei zählen zu den Hoffnungsmärkten unserer Exportwirtschaft. Dieses Potenzial wollen wir ausschöpfen, um unser Wachstum und unseren Wohlstand langfristig abzusichern. Unser Ziel sind Partnerschaften auf Augenhöhe mit den aufstrebenden Ländern in Asien, Afrika und Lateinamerika.

Die ÖVP setzt auf Zusammenarbeit in internationalen Organisationen, um die Zukunft unserer Welt mitzugestalten. Österreich verfügt traditionell über ein starkes internationales Profil, wenn es um Beiträge zur Sicherung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit, um Initiativen zur globalen Abrüstung oder um den weltweiten Schutz und die Förderung von Menschenrechten geht. Das Kontingent für Auslandseinsätze soll in Zukunft bei mindestens 1.100 Soldatinnen und Soldaten liegen. Die Mitgliedschaft im UN-Menschenrechtsrat sowie die Vorsitzführung im Europarat (2013/14) und im Wirtschafts- und Sozialrat der Vereinten Nationen (2014) sind für uns eine Chance, um eigene Themenschwerpunkte zu setzen. Der Schutz der Meinungsfreiheit, der Religionsfreiheit und der Rechte von Kindern sind fester Bestandteil der österreichischen Menschenrechtspolitik. Der Dialog der Religionen und Kulturen und der Schutz religiöser Minderheiten, insbesondere der Christen, sind uns als christlich-sozialer Partei ein wichtiges Anliegen. Die ÖVP bleibt auch ein traditioneller und verlässlicher Partner für Heimatvertriebene.

„Außenpolitik braucht eine starke Stimme und keine Lippenbekenntnisse.“

Vizekanzler und Außenminister
Dr. Michael Spindelegger

Der Standort Wien als Amtssitz von 20 internationalen Organisationen ist ein zentraler Pfeiler unserer Außenpolitik. Österreich muss seine Rolle als Drehscheibe von Frieden und Sicherheit im Wettbewerb mit anderen Ländern verteidigen. Um den Amtssitz Wien als Plattform für die internationale

Zusammenarbeit in der Drogen- und Korruptionsbekämpfung, in der Abrüstung und bei Energiethemen weiter zu stärken, ist es unerlässlich, gezielt neue Institutionen und Vertretungen bei uns anzusiedeln. Die Rolle als internationaler Ort der Begegnung werden wir weiter für Vermittlungsinitiativen nützen.

Einen zentralen Auftrag unserer Außenpolitik sehen wir in unserer Verpflichtung gegenüber den Menschen in den ärmsten und am meisten benachteiligten Regionen und Ländern dieser Welt. Ein menschenwürdiges Leben in allen Teilen der Welt zu ermöglichen, ist uns ein grundlegendes Anliegen und gleichzeitig eine große Herausforderung für die Entwicklungspolitik. Armutsbekämpfung in den Entwicklungsländern ist unser oberstes Ziel.

Niemand kann die Probleme dieser Welt alleine bewältigen. Nur in einem wechselseitigen Prozess der Zusammenarbeit und gegenseitigen Unterstützung kann Armut vermindert und Wohlstand aufgebaut werden. Wir bekennen uns daher zur Solidarität und Verantwortung in der Entwicklungszusammenarbeit und zur Weiterentwicklung der Millennium-Entwicklungsziele hin zu den nachhaltigen Entwicklungszielen. Bei der Entwicklungszusammenarbeit treten wir für eine Orientierung an ökologischen und ökonomischen Leitlinien ein, um höchstmögliche Kohärenz sicherzustellen. Sowohl die Zivilgesellschaft als auch die österreichische Wirtschaft sollen dabei stärker eingebunden werden.

Für die Wahrnehmung der Interessen Österreichs, die Vermittlung eines modernen Österreichbildes in der Welt und den bestmöglichen Schutz für Österreicherinnen und Österreicher im Ausland braucht es ein leistungsfähiges globales Vertretungsnetz.

Unser Programm für Österreichs Stimme in der Welt:

- Aktive Außenpolitik zur Förderung der internationalen Wirtschaftsbeziehungen für Exporte und Expansionsmöglichkeiten österreichischer Unternehmen.
- Sicherung des Weltfriedens: Österreichische Blauhelme als Partner für den Frieden und der Menschen in Konfliktregionen.
- Globaler Einsatz für Rechtsstaatlichkeit und den Schutz der Menschenrechte.

- Eintreten für Minderheitenrechte und den weltweiten Schutz von Christen.
- Initiativen für den Dialog der Kulturen und Religionen.
- Positionierung von Österreich und Wien als internationaler Ort des Dialogs und der Vermittlung sowie als Standort internationaler Organisationen.
- Bekenntnis zum Ziel 0,7% des BIP für Entwicklungszusammenarbeit.
- Armutsbekämpfung durch wirtschaftliche Entwicklung als vorrangiges Ziel der Entwicklungszusammenarbeit unter verstärkter Einbeziehung der Zivilgesellschaft und der Wirtschaft.
- Schutz und Hilfe für Österreicher im Ausland durch ein leistungsfähiges Vertretungsnetz.
- Vermittlung eines modernen Österreichbildes.

Für ein sicheres Österreich

Innere Sicherheit: Umfassend und überall.

Bei der Sicherheit für die Bürgerinnen und Bürger gibt es mit der ÖVP keine Kompromisse. Wir stehen klar auf der Seite der Sicherheit, denn Willkür und Gewalt sind keine gangbaren Alternativen für Recht und Ordnung. Für uns ist klar: Sicherheit kommt als Grundlage, auf der ziviles Leben erst ermöglicht wird, eine ganz besondere Bedeutung zu. Sicherheit ist die Stütze unserer Freiheit. Ein Staat, der mit der Sicherheit experimentiert, verspielt die Freiheit seiner

„Die Form der Kriminalität ändert sich. Wir halten Schritt.“

Innenministerin
Mag.^a Johanna Mikl-Leitner

Bürgerinnen und Bürger. Wir wollen, dass die Menschen in unserem Land ohne Angst leben können: ohne Angst um ihr Leben, ohne Angst um ihre Kinder, ohne Angst um ihr Eigentum, ohne Angst um ihre Zukunft. Dafür brauchen wir einen durchsetzungsstarken Rechtsstaat und eine Polizei, die auf den Straßen sichtbar ist und für Ordnung sorgt. Und es braucht auch eine aktive Bürgergesellschaft, die Verantwortung lebt.

Die Stütze unserer Sicherheit ist die Polizei, die wir mit den notwendigen Mitteln und Befugnissen ausstatten, damit sie Verbrechen wirkungsvoll bekämpfen kann. Verbrechen gegen Leib und Leben, Eigentumsdelikte, organisierte und grenzüberschreitende Kriminalität verlangen nach einem steten Einsatz staatlicher Sicherheitsorgane sowohl in der Fahndung als auch bei der Sicherheitsprävention. Datenschutz darf nicht zum Täterschutz werden. Wir wollen die Exekutive stärken und ihr die notwendigen Mittel in die Hand geben, um Kriminalität wirksam bekämpfen zu können.

Österreich ist sehr erfolgreich, was den Kampf gegen Terrorismus und extremistische Straftaten betrifft. Nicht zuletzt deshalb sind wir bisher größtenteils davon verschont geblieben. Wir werden auch weiterhin gegenüber Hasspredigern, ideologisch motivierten Extremisten und all jenen, die unsere Demokratie in Frage stellen, mit Null Toleranz vorgehen. Jede offene Gesellschaft braucht wirksame Instrumente, um sich gegen ihre Feinde zu verteidigen.

Das Friedensprojekt Europa ist die zentrale Sicherheitsgarantie für Österreich. Die Kriminalität ist international vernetzt, unsere Sicherheitsorgane müssen es auch sein. Wir forcieren die Zusammenarbeit der Justiz- und Sicherheitsbehörden auf europäischer Ebene, wie beispielsweise mit dem europaweiten, elektronischen Fahndungssystem. Dadurch können vermisste Personen und gestohlene Dokumente grenzübergreifend besser gefunden und Straftäter schneller ausgeliefert werden. Mehr Europa heißt mehr Sicherheit. Durch die koordinierte Sicherheitspolitik können wir stärker und entschlossener gegen organisierte und grenzüberschreitende Kriminalität vorgehen. Der Schutz unserer gemeinsamen Außengrenzen ist eine stete Herausforderung, zu der wir ein klares Bekenntnis der Grenzstaaten verlangen.

Unsere Maßnahmen für ein sicheres Österreich:

- Stärkung des subjektiven Sicherheitsgefühls durch ausreichende Polizeipräsenz im öffentlichen Raum.
- Schutz des Eigentums sicherstellen.
- Konsequentes Vorgehen gegen Drogenmissbrauch durch Haaranalysen.
- Einrichtung eines Seniorentelefons und einer Seniorenservicestelle bei der Polizei.
- Klare Regeln und harte Strafen bei Gewalt gegen Kinder.
- Intensivierung des Kampfs gegen Schlepperunwesen und Menschenhandel.
- Intensivierung des Kampfs gegen Cyber-Kriminalität.
- Kampf gegen Wirtschaftskriminalität konsequent weiterführen.
- Anti-Korruptionsschwerpunkt: Verstärkung der Prävention und Einrichtung von Compliance-Verantwortlichen im Bundesbereich.
- Schutz der Privatsphäre: Datenpolitik soll zu einem sichtbaren Handlungsfeld entwickelt werden.
- Sensibilisierung der Bevölkerung für besseren Selbstschutz personenbezogener Daten.
- Klare Regeln und konsequenter Vollzug des Asyl- und Fremdenrechts.

Landesverteidigung: Schutz für Österreich, Verantwortung in der Welt.

Österreich ist ein sicheres Land. Damit das so bleibt, brauchen wir auch in Zukunft ein Bundesheer, das uns im Ernstfall schützt, im Notfall hilft und den Menschen immer zur Seite steht. Denn eines ist klar: Wir haben etwas zu verlieren – Frieden, Freiheit und Wohlstand sind nicht selbstverständlich. Nur eine Gesellschaft, die in der Lage ist, sich zu verteidigen, kann sicher sein, auch frei zu bleiben.

Die Aufgaben einer umfassenden Sicherheitsvorsorge sind heute vielfältiger denn je und die Herausforderungen sind zum Teil neu. Die Grenzen zwischen innerer und äußerer Sicherheit sind fließend geworden. Die Wahrscheinlichkeit konventioneller Angriffe auf unser Staatsgebiet ist vorerst geringer geworden. Dafür treten neue Bedrohungen in Form des internationalen Terrorismus und regionaler Krisenherde in den Vordergrund. Altbekannte Gefahren in Form von Naturkatastrophen und vom Menschen verursachter Katastrophen stellen unsere Sicherheitsorgane auch weiterhin jedes Jahr auf harte Proben. Dazu kommen bisher praktisch unbekannte Gefahren wie die

„Ob bei militärischen Aufgaben oder im Katastrophenschutz: Das österreichische Bundesheer hat seine Aufgaben in der Vergangenheit zur vollsten Zufriedenheit erfüllt. Für die Zukunft gilt es jedoch, sich auf neue Herausforderungen einzustellen.“

Klubobmann
Karlheinz Kopf

Cyber-Kriminalität und der Cyber-War. Diese umfassenden und vielfältigen Bedrohungsbilder verlangen auch nach einer umfassenden und vielfältigen Vorsorge und Bekämpfung.

Unser Bundesheer hat seine Kernaufgaben, die militärische Landesverteidigung, den Schutz verfassungsmäßiger Einrichtungen und kritischer Infrastruktur, den Schutz der Bevölkerung bei Katastrophen und die Auslandseinsätze in der Vergangenheit stets zu 100% erfüllt. Wir sind der Partner, damit das auch in Zukunft so bleibt, und bekennen uns zu einem vielseitig einsetzbaren Bundesheer und zur Allgemeinen Wehrpflicht als Grundsäule desselben. Dieses Bekenntnis wurde bei der Volksbefragung zur Wehrpflicht im Jänner 2013 auch von den Österreicherinnen und Österreichern eindrucksvoll bestätigt. Das deutliche Ja zur Allgemeinen Wehrpflicht der Menschen war

auch ein klarer Reformauftrag. Wir sind überzeugt: Wer seinen Beitrag für unser Land leistet, hat auch ein Recht, dass dieser Beitrag sinnvoll und bereichernd ist. Einen wesentlichen Eckpfeiler stellt dabei für uns ein funktionierendes Milizsystem dar. Daher nehmen wir diesen Auftrag der Menschen ernst und setzen uns weiterhin für ein leistungsfähiges Österreichisches Bundesheer ein.

Damit es seinen vielseitigen Aufgaben nachkommen kann, wollen wir dem Österreichischen Bundesheer die notwendigen Mittel in die Hand geben. Nur wer gerüstet und gewappnet ist, kann im Ernstfall rasch reagieren.

Wir setzen uns dafür ein, dass das Bundesheer auch in Zukunft an internationalen Friedenseinsätzen sowie am gesamten Spektrum der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der EU teilnimmt. Um Österreichs Sicherheit bestmöglich garantieren zu können, ist internationale Kooperation unerlässlich.

Unser Programm für die äußere Sicherheit:

- Kernaufgaben des Bundesheers:
 - o Landesverteidigung,
 - o Schutz verfassungsmäßiger Einrichtungen und kritischer Infrastruktur,
 - o Schutz der Bevölkerung bei Katastrophen,
 - o Auslandseinsätze.
- Ausrichtung des österreichischen Bundesheeres gemäß den Vorgaben der Sicherheitsstrategie.
- Wehrsystem und Milizaufbau als strukturbegründendes Element des Österreichischen Bundesheers sicherstellen.
- Ausrüstung und Personal zur Aufgabenbewältigung des Bundesheeres sicherstellen.
- Fortführung der Wehrdienstreform: Reduktion der Systemerhalter, Stärkung des gesellschaftspolitischen Mehrwertes des Wehrdienstes, Schwerpunkt Integration: Wertevermittlung und Staatsbürgerschaftskunde.
- Gemeinsame Übungen des Bundesheeres mit zivilen Einsatzkräften.
- Stärkung der Miliz.
- Teilnahme Österreichs am gesamten Spektrum der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik – auch EU-Battlegroups.
- Fortsetzung der Teilnahme an internationalen Friedenseinsätzen.

Für einen Staat, der für die Bürgerinnen und Bürger da ist

Verwaltung und Öffentlicher Dienst: Schlank und effizient.

Entgegen manchen Unkenrufen hat der Öffentliche Dienst seine Bereitschaft zu Reformen in der Vergangenheit wiederholt unter Beweis gestellt. Die österreichische Verwaltung ist nicht nur im internationalen Vergleich vorbildhaft, auch Investoren und die Bürgerinnen und Bürger können sich darauf verlassen, dass der Öffentliche Dienst einheitlich hohe Qualitätsstandards bei der Leistungserbringung anbietet.

Eine leistungsfähige Verwaltung ist dabei auch ein entscheidender Faktor im internationalen Standortwettbewerb. Wir sehen die Verwaltung als ersten Dienstleister für die Bürgerinnen und Bürger. Verwaltungsabläufe müssen zeiteffizient, kostengünstig und wirkungseffizient erfolgen. Die Menschen sollen schnell wissen, wie sie zu ihrem Recht kommen. Wir treten für eine offene Verwaltung ein. Das Amtsgeheimnis soll von der Regel zur Ausnahme

werden (z.B. in Fragen der öffentlichen Sicherheit und beim Schutz personenbezogener Daten).

Wir setzen uns für eine laufende Überprüfung und Effizienzsteigerung der Aufgaben des Staates ein. Dabei soll sich der Staat in erster Linie

„Der Öffentliche Dienst ist Garant für die hohe Lebensqualität in Österreich.“

Innenministerin und ÖAAB-Bundesobfrau
Mag.^a Johanna Mikl-Leitner

auf seine Kernkompetenzen konzentrieren, ein Ausufern der Leistungen führt in letzter Konsequenz zu einem schwachen Staat. In der vergangenen Gesetzgebungsperiode sind auf Betreiben der ÖVP große Reformen und Vereinfachungen in der Verwaltungsorganisation und bei den Verwaltungsabläufen gelungen:

Durch die Einführung der zweistufigen Verwaltungsgerichtsbarkeit mit 1. Jänner 2014 schaffen wir schlanke Strukturen und sorgen für mehr Effizienz in der Verwaltung. Mit dieser wohl größten Verwaltungsreform in der Zweiten Republik werden über 100 Sonderverwaltungsbehörden abgeschafft und durch neun Landesverwaltungsgerichte, ein Bundesverwaltungsgericht und ein Bundesfinanzgericht ersetzt.

Mit dem Bundesamt für Fremdenwesen und Asyl werden ab 2014 die Aufgaben von bisher 194 zuständigen Stellen auf eine zentrale Behörde gebündelt. Das bringt schnellere Verfahren und einfachere Abläufe: Hilfe, wenn es um Hilfe geht, Stopp, wenn es um Missbrauch geht, und Sanktionen, wenn es um Kriminalität geht.

Mit der Polizeireform wurden 8 Sicherheitsdirektionen, 14 Bundespolizeidirektionen und 9 Landespolizeikommanden zu 9 Landespolizeidirektionen zusammengefasst. Wir sparen nicht bei der Sicherheit der Menschen, sondern in der Verwaltung, indem wir eine schlanke Führungsstruktur schaffen und unnötige Schnittstellen abbauen.

Wir haben Bezirksgerichte zusammengelegt und damit eine Aufwertung der Standorte durch mindestens vier Richter je Standort, bessere Spezialisierungen, mehr Kompetenzen, mehr Bürgerservice durch bessere Öffnungszeiten, einheitliche Servicestandards und lückenlose Sicherheitsmaßnahmen an allen Gerichten erreicht. Eine moderne Justiz braucht moderne Strukturen, deshalb haben wir nicht beim Personal, sondern in der Struktur gespart.

Österreich ist auch im Bereich des E-Government mit zahlreichen Projekten führend: das Finanz-Online-Portal für die Online-Abwicklung des Steuerausgleichs, das Unternehmensservice-Portal als zentrale Schnittstelle zwischen Bund und Unternehmen sowie das Transparenzportal für umfassende Informationen über staatliche Förderungen und Beihilfen sind nur einige Beispiele der jüngsten Innovationen. Wir setzen uns für einen weiteren Ausbau des E-Government, etwa der Zulassung von elektronischen Rechnungen im Förderwesen, ein.

Unsere Vorschläge für eine effiziente und effektive Verwaltung:

- Kampf der Teuerung: Öffentliche Gebühren sollen die Inflation nicht anheizen und sich an den tatsächlichen Kosten orientieren.
- Informations- und Transparenzgesetz: Gläserner Staat statt gläserne Bürgerinnen und Bürger.
- Verwaltung als effizienter Dienstleister – Effizienz durch Aufgabenreform.
- Kernleistungen des Staates sollen weiterhin staatlich bleiben, Evaluierung von Ausgliederungen.
- Bereinigung von Rechtsvorschriften in Bund, Ländern und Gemeinden.

- Umsetzung der Transparenzdatenbank für staatliche Förderungen.
- Umsetzung der Förderpyramide zwischen Bund, Ländern und Gemeinden.
- Abschaffung der Pflichtveröffentlichung für Unternehmer im Amtsblatt der Wiener Zeitung.
- Unternehmenskosten-Check bei Gesetzen.
- Durchsetzung des One-Stop-Shop als Grundprinzip in der Verwaltung.
- Shared Services in der Verwaltung für Nutzung von Synergieeffekten.
- E-Government weiter forcieren.

Unsere Maßnahmen für einen attraktiven Öffentlichen Dienst:

- Modernes Dienstrecht für den Öffentlichen Dienst: Bund, Länder und Gemeinden als attraktiver Arbeitgeber.
- Besoldungsrecht Neu: Abflachung der Besoldungsstruktur mit höheren Einstiegsgehältern unter Beibehaltung der Aktivverdienstsumme.
- Durchlässigkeit für das Personal des Öffentlichen Dienstes zwischen den Gebietskörperschaften vereinfachen und fördern.
- Stärkung der Sozialpartnerschaft im Öffentlichen Dienst.
- Modernes Personalmarketing für Bund, Länder und Gemeinden.
- Einbindung des Öffentlichen Dienstes in die Ausbildungs- und Beschäftigungsgarantie für Junge.

Justiz: Unabhängig, konsequent und leistungsfähig.

Die österreichische Justiz bildet das Fundament unseres Rechtsstaates. Ein funktionierender Rechtsstaat ist die unverzichtbare Voraussetzung für die Stabilität der Demokratie. Die Unabhängigkeit der Justiz ist für uns ein hohes Gut, das es zu schützen gilt. Wir verurteilen jede politische Einmischung in Angelegenheiten der unabhängigen Rechtsprechung. Jeder Fall muss ohne Ansehen der Person restlos aufgeklärt werden und es darf keinen Unterschied machen, gegen welche Person ermittelt wird.

In der vergangenen Legislaturperiode haben wir zahlreiche Gesetze zur Stärkung des Vertrauens in die Justiz und in die Politik beschlossen. Im Bereich des Korruptionsstrafrechts haben wir für klare Regeln gesorgt, indem wir den Anwendungsbereich auf Mandatare und sonstige Amtsträger ausgeweitet haben und die Sanktionen verschärft wurden. Das neu geschaffene Lobbyistengesetz regelt den Kontakt der Politik mit Interessenvertretern. Die Unvereinbarkeitsbestimmungen für Mandatare wurden verschärft und Mandatare müssen ihre Nebeneinkünfte in einem Stufenmodell offenlegen. Mit diesen neu geschaffenen Regeln liegt Österreich auch im internationalen Vergleich unter den Ländern mit den strengsten Anti-Korruptionsbestimmungen. Als Volkspartei setzen wir uns konsequent für mehr Vertrauensmaßnahmen und Transparenz in der Politik ein.

Ein leistungsfähiges, konsequentes und verlässliches Rechtssystem ist nicht zuletzt auch ein entscheidender Standortfaktor. Stabile rechtliche Rahmenbedingungen schaffen Sicherheit für Investoren und beflügeln die Wirtschaft. Auch in diesem Bereich haben wir zahlreiche Innovationen eingeführt: Die neu geschaffene Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft kann hochkomplexe Wirtschaftsstrafsachen mit internationalen Verflechtungen zielgerichteter und effizienter verfolgen. Die ebenso neu geschaffene Kronzeugenregelung hat sich bewährt. Und durch die „Whistleblower-Homepage“, einem anonymen Online-Anzeigensystem, kann sich ab sofort jede Österreicherin und jeder Österreicher aktiv an der Korruptionsbekämpfung beteiligen.

„Eine funktionierende Justiz ist Voraussetzung für jede demokratische Gesellschaft.“

Justizministerin
Dr. Beatrix Karl

Der Staat soll allen Bürgerinnen und Bürgern Zugang zum Recht und Gleichheit vor dem Gesetz garantieren. Wir treten dafür ein, dass autonome Rechtsgestaltung auch weiterhin die Leitlinie im Privatrecht darstellt und unbegründete Diskriminierungen beseitigt werden. Freiheit ist die Grundlage unseres Rechts- und Demokratieverständnisses. Die persönliche Freiheit hat dort ihre Grenzen, wo sie die Freiheit anderer einschränkt.

Unser Programm für eine leistungsfähige Justiz:

- Leistungsfähiges, konsequentes und verlässliches Rechtssystem.
- Kampf gegen Korruption und Wirtschaftskriminalität konsequent fortsetzen.
- Modernes Strafrecht: Strafgesetzbuch 2015.
- Konsequente Abschöpfung der durch strafrechtliches Verhalten erzielten Gewinne.
- Schutz des Eigentums auch im Netz – faire Nutzungsmöglichkeiten des Internets. (Urheberrechtsreform)
- Leistungsfähige und moderne Gerichte und Staatsanwaltschaften.
- Mehr Sicherheit durch ein gemeinsames, starkes Europa – Zusammenarbeit bei der Kriminalitätsbekämpfung.
- Stärkung des europäischen Rechtsraumes: Angleichung des Rechtssystems unter Wahrung der Grundprinzipien der nationalen Rechtsordnung.
- Rechtlicher Schutz im Alter: Weiterentwicklung des Sachwalterrechts, Umsetzung des Pilotprojekts „unterstützte Entscheidungsfindung“.
- Reform der Erbrechts (insbesondere Pflichtteilsrecht Unternehmensnachfolge).
- Reform des Mietrechts.

Für stabile Finanzen und eine sichere Zukunft

Budget und Steuern: Stabil, verlässlich, leistungsgerecht!

Die ÖVP ist die einzige Partei in Österreich, die für geordnete Finanzen sorgt. Auch in herausfordernden Zeiten während der Krise haben wir stets das Machbare im Auge behalten. Sozial verträglich und wirtschaftlich vernünftig sind wir mit solider Finanzpolitik Marke ÖVP durch die Krise gekommen. Beim Reformpaket haben wir einen klaren Fokus auf Sparen gelegt und mit einem Verhältnis von 75 : 25 auch einen europaweit einmaligen Wert in der ausgabenseitigen Sanierung erreicht. Es hat keine Erbschafts- und Schenkungssteuer, keine Substanzsteuer auf Eigentum und keine Einschnitte bei Familien gegeben. Mit Offensivmaßnahmen im Bereich Bildung, Wissenschaft und Forschung, Pflege und Umwelt haben wir trotz des notwendigen Sparens die Zukunftsfähigkeit unseres Landes abgesichert.

Wir sind die Partei für die Menschen, die morgens früh aufstehen, hart arbeiten und am Ende des Monats mehr davon haben wollen. Die Belastung mit Steuern und Abgaben in Österreich ist zu hoch. Wir wollen die Abgabenquote, also den Anteil an der Wirtschaftsleistung, der vom Staat eingenommen und verteilt wird, auf unter 40% senken. Dazu braucht es ein neues transparentes und unbürokratisches Steuersystem, das weniger, einfacher, leistungsgerechter und familienfreundlicher ist. Weniger: Weil die Steuerbelastung zu hoch ist; einfacher: weil das derzeitige Steuersystem unverständlich ist; leistungsgerechter: weil sich Leistung auszahlen soll; und familienfreundlicher: Wir wollen ein steuerfreies Grundeinkommen für Familien über einen Kinderfreibetrag sicherstellen, der sich nach der Anzahl der Kinder bemisst. Und wir wollen die Lohnnebenkosten senken. Damit werden neue Arbeitsplätze geschaffen und für die arbeitenden Menschen bleibt am Ende des Monats mehr Netto vom Brutto.

*„Wahlgeschenke von heute sind
die Sparpakete von morgen.“*

Finanzministerin
Dr. Maria Fekter

Österreich ist bereits jetzt ein Hochsteuerland und verteilt sehr stark um. Das hindert manche nicht daran, unter dem Deckmantel der Gerechtigkeit

weiter an der Umverteilungsschraube zu drehen. Doch was als „Reichensteuer“ verkauft wird, trifft in Wirklichkeit den breiten Mittelstand. Das zeigen auch die ständig sinkenden Freigrenzen. In Wirklichkeit geht es der SPÖ dabei nur darum, den Fuß in die Tür zu bekommen. Wir sind gegen eine Substanzsteuer auf Eigentum und gegen die Erbschafts- und Schenkungssteuer. Denn sie belasten alle, die sich in ihrem Leben etwas geschaffen haben, und sie belasten die Betriebe. Wir haben in Österreich bereits eine effektive Form der Ertragsbesteuerung, die leistungsgerechter ist und nicht an der Kapitalsubstanz zehrt. Wenn die Unternehmen abwandern, werden die Arbeitslosen bleiben. Aus gutem Grund wurde die alte Vermögenssteuer 1994 von einem SPÖ-Finanzminister abgeschafft. Mit uns kann man nicht über neue Steuern reden. Mit uns kann man nur über Entlastung reden.

Unsere Maßnahmen für ein stabiles Budget und leistungsgerechte Steuern:

- Fortsetzung des Konsolidierungspfades, Nulldefizit 2016, danach Schuldenabbau.
- Schuldenbremse in der Verfassung verankern.
- Keine Substanzsteuer auf Eigentum, keine Erbschafts- und Schenkungssteuer.
- Steuerreform unter den Prämissen: weniger, einfacher, leistungsgerechter und familienfreundlicher.
- Eine moderne Steuerstruktur-Reform benötigt:
 - o die Senkung des Eingangssteuersatzes (derzeit 36,5%),
 - o Kinderfreibetrag von 7.000 Euro je Kind (zur Hälfte für jeden Elternteil),
 - o die Entlastung des Faktors Arbeit (Senkung der Arbeitszusatzkosten),
 - o die Abschaffung von Bagatellsteuern (Rechtsgeschäftsgebühren, Gesellschaftssteuer, Werbeabgabe und Bestandsvertragsgebühr),
 - o die Ausweitung bewährter Betriebspauschalierungen,
 - o die „Steuererklärung auf einer Seite“ für Klein- und Kleinstunternehmen,
 - o die Senkung der Aufbewahrungspflicht auf fünf Jahre,
 - o die Anhebung der Grenze für geringwertige Wirtschaftsgüter auf 1.000 Euro.
- Senkung der Lohnnebenkosten auf 45% bis 2018.
- Senkung der Abgabenquote auf unter 40% bis 2020.

- Kampf gegen organisierten Steuerbetrug.
- Keine Steuer auf Eigentum, keine Erbschafts- und Schenkungssteuer.
- Finanztransaktionssteuer auf europäischer Ebene vorantreiben.

Kapitalmarkt: Liquidität und Sicherheit.

Ein gut funktionierender Kapitalmarkt ist der Blutkreislauf der Wirtschaft, den wir auch weiterhin in Gang halten müssen, um Wohlstand und Arbeitsplätze in Österreich zu sichern. Unternehmen brauchen einen schnellen und direkten Zugang zu Krediten, Anleihen und Eigenfinanzierungsmitteln. Finanzmarktteilnehmer wollen Transparenz beim Austausch finanzieller Mittel und einen fairen Interessenausgleich. Die Gemeinschaftswährung, die Integration der Finanz- und Kapitalmärkte in Europa, die laufende Weiterentwicklung bei Finanzdienstleistungsprodukten und der Liberalisierungsprozess haben die Effizienz der Kapitalaufbringung und -verwendung gesteigert, stellen aber auch die Aufsichtsbehörden vor neue Aufgaben, denen wir uns auf nationaler und europäischer Ebene mit allem Nachdruck stellen.

Am Höhepunkt der Finanzkrise haben wir durch Unterstützungsmaßnahmen den Geldmarkt vor dem Austrocknen gesichert, die Kreditklemme entschärft und damit das Durchschlagen der Krise auf die Realwirtschaft bestmöglich abgefedert. Mit mehr als 5.000 Filialen weist Österreich eine hohe Intensität an Bankdienstleistungen auf, die im direkten Dienst für die Realwirtschaft stehen. Mehr als 60% der Bilanzsumme der sechs größten Banken sind Kredite, die wiederum die wichtigste Finanzierungsform für die heimischen Unternehmen sind. Damit es zu keiner Kreditklemme kommt, haben wir bei den neuen Eigenmittelvorschriften für Banken im Rahmen von Basel III durchgesetzt, dass die Risikogewichtung für KMU herabgesetzt und die Obergrenze für die begünstigte Behandlung von KMU hinaufgesetzt wurde.

„Starke Unternehmen brauchen einen leistungsfähigen Kapitalmarkt.“
Finanzministerin
Dr. Maria Fekter

Wir sind offen für neue Instrumente, die die Eigenmittelfinanzierung von Unternehmen verbessern. Ergänzende Finanzierungsinstrumente (wie z.B.

„Crowdfunding“) stellen für Start-ups und kleinere Unternehmen eine interessante neue Finanzierungsmöglichkeit dar, deren Bedeutung in den nächsten Jahren mit Sicherheit zunehmen wird. Wir wollen die Rahmenbedingungen für innovative Finanzierungsinstrumente verbessern und bestehende gesetzliche Hürden abbauen.

Zur Unterstützung von Unternehmensgründungen haben wir die Jungunternehmeroffensive ins Leben gerufen. Wir wollen die Finanzierungsmöglichkeiten von mittelständischen Unternehmen weiter verbessern und schlagen dafür die Schaffung einer Mittelstandsfinanzierungsgesellschaft vor, die an der Börse notiert. Dadurch kann eine neue Volksaktie entstehen, durch die Anleger direkt an der Entwicklung und Förderung der klein- und mittelständischen Unternehmen teilhaben können, die bisher noch keinen direkten Zugang zum Kapitalmarkt haben. So können die KMU ihre Eigenkapitalausstattung verbessern und der Wirtschaftsstandort und Kapitalmarkt werden gestärkt.

Aus der Erfahrung, dass der Staat ein schlechter Unternehmer ist, und zur weiteren Belebung des Kapitalmarkts, ist eine gezielte Privatisierung staatlicher Unternehmen bei entsprechend attraktiver Bewertung an den Märkten eine Option. Für die verbleibenden Verkehrsbetriebe ÖBB-Personenverkehr und ÖBB-Güterverkehr schlagen wir einen strategischen Partner vor, durch den sie bedeutend wirtschaftlicher geführt werden können. Gemeinwirtschaftlich bedeutende Infrastruktur- und Versorgungsunternehmen sollen weiterhin in staatlicher Hand bleiben. Für diese verbleibenden Staatsunternehmen soll eine einheitliche und aufeinander abgestimmte Strategie entwickelt werden.

Unsere Maßnahmen für Liquidität und Sicherheit auf dem Kapitalmarkt:

- Börsennotierte Mittelstandsfinanzierungsgesellschaft, die KMU leichteren Zugang zu Risikokapital ermöglicht und den Kapitalmarkt stärkt.
- Offensive Kapitalmarktpolitik und Stärkung der Corporate Governance.
- Weitere Umsetzung des Bankeninsolvenzrechts, damit der Steuerzahler nicht mehr für Banken haften muss.

- Reform der prämierten Zukunftsversicherung: Flexibilisierung der Veranlagung, Beibehaltung Kapitalgarantie, Deckelung Abschlusskosten, Transparenz bei Veranlagung und Kosten (in Umsetzung).
- Attraktivierung der privaten Pensionsvorsorge für Familien mit Kindern: Prämie pro Kind (wie in Deutschland).
- ÖIAG neu für abgestimmte Strategie und strategische Ausrichtung der Beteiligungen.



Impressum: Österreichische Volkspartei, Lichtenfelsgasse 7, 1010 Wien,
Tel. +43 (1) 40 126 DW 100, Fax DW 109, service@oevp.at, www.oevp.at